

# KONGRESSDIENST

Hamburg

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES  
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Nov. / Dez. 1959  
NUMMER 13





*Frankfurt/Main gibt ein schönes Beispiel: Neuerbaute Häuser mahnen zur Wachsamkeit. Noch stehen sie nicht auf sicherem Grund, solange die Atomrüstung in der Bundesrepublik fortgesetzt wird. Ein nachahmenswertes Beispiel.*

### An unsere Leser:

In dieser Ausgabe des „Kongreßdienstes“ finden Sie als Beilage einen Sonderdruck:

„Hiroshima ruft alle!“

Sicherlich sind Sie unserer Meinung, daß dieser Bericht von Japan die weiteste Verbreitung verdient.

Sie können gegen den Atomtod schon sehr viel an Aufklärung tun, wenn Sie sofort 1000 Sonderdrucke zum Preise von DM 7,50 bestellen. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, sie zu verteilen. In Betrieben, Büros und Wohnvierteln, auf den Dörfern warten alle Gutwilligen auf ein klares Wort über die wirkliche Situation, in der wir heute leben. Helfen Sie bitte mit, daß die Erkenntnis der Gefahren sich verbreitet. Bestellungen können gerichtet werden an: Büro „Ständiger Kongreß“, Karl Ludwig Opitz, Hamburg 19, Eichenstraße 46

## 4. Präsidiumstagung

Am 14./15. November tagte das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“ in Münster i. Westf. Nach dem einleitenden Referat von Prof. Dr. Walter Hagemann, Münster i. W., einer gründlichen Diskussion der neuesten Entwicklung in der Welt, faßte das Präsidium einige wichtige Beschlüsse, die wir an dieser Stelle veröffentlichen. Anschließend geben wir unseren Lesern die Möglichkeit, durch Abdruck des Referats von Prof. Dr. Hagemann, die bedeutenden Ausführungen kennenzulernen.

D. Red.

### Erklärung des Präsidiums des „Ständigen Kongresses“

Die letzten Monate waren reich an Ereignissen, die den Auftakt zu einer Wende der Weltpolitik bilden und eine Ara der Verständigung und des Friedens einleiten können.

Nach langen Jahren des Kalten Krieges haben die führenden Staatsmänner der beiden mächtigsten Staaten in Camp David die weltweiten Probleme der Politik gemeinsam erörtert. Ein erster Schritt zur Entspannung ist damit getan worden.

Die Konferenz der Regierungschefs der vier Großmächte, von der die Welt entscheidende Beschlüsse zur Beendigung der Unsicherheit und zur Festigung des Friedens erwartet, ist in greifbare Nähe gerückt.

Die Kernwaffenversuche sind seit einem Jahr vorläufig eingestellt, und die Verhandlungen über ihre dauernde Einstellung nähern sich dem Abschluß.

Der Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen wird auf erweiterter Grundlage seine Beratungen, die seit September 1957 ruhten, wieder aufnehmen. Der sowjetische Ministerpräsident hatte am 18. September 1959 in seiner Rede vor den Vereinten Nationen einen detaillierten Plan zur totalen Abrüstung mit effektiver Kontrolle unterbreitet. Auch von seiten der Westmächte liegen seit einiger Zeit Vorschläge für eine kontrollierte Abrüstung vor.

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik“ begrüßt diese Entwicklung, weil sie unmißverständlich zeigt, daß heute reale Möglichkeiten vorhanden sind, das Mißtrauen zwischen den Staaten durch geduldige Verhandlungen zu beseitigen und zu einem friedlichen Nebeneinanderleben der Völker zu kommen. Ohne Zweifel ist es den ständig stärker werdenden Forderungen der Völker zu verdanken, daß sich die seit Jahren erstarrten Fronten zu lockern beginnen. Die Begegnung Eisenhower—Chruschtschow enthüllte, wie der „Osservatore Romano“ schreibt, „überall einen Geisteszustand in den Massen, der in seiner Übereinstimmung bisher unbekannt war“.

Es wäre aber leichtfertig, annehmen zu wollen, daß die Gegner einer Entspannung nicht alles versuchen werden, auf dem Weg zur Verständigung neue Hindernisse aufzutürmen.

Eine Reihe von Tatsachen erfüllt uns mit großer Sorge.

1. Die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atom- und Raketenwaffen wird beschleunigt vorangetrieben.
  2. Von der NATO werden immer neue Raketenbasen auf dem Territorium der Bundesrepublik errichtet.
  3. Das Verbot, Raketenwaffen in der Bundesrepublik zu produzieren, wurde von der Westeuropäischen Union aufgehoben.
  4. Kaum ein Sonntag vergeht, ohne daß auf öffentlichen Kundgebungen gegen die Entspannungspolitik Stellung genommen wird.
  5. Amerikanische Politiker und Publizisten wie Acheson, Schlamme und Kissinger propagieren auf dem Boden der Bundesrepublik weiter ihre Kreuzzugspläne gegen den Osten.
  6. Die französische Regierung hält die Herstellung eigener Atomwaffen und die Auslösung von Atombombenexplosionen in der Sahara für eine ihrer wichtigsten Aufgaben — für wichtiger als die Unterstützung der Entspannungsbemühungen Eisenhowers, Mac Millans und Chruschtschows. Wir wehren uns dagegen, daß die Bundesregierung unseren Staat zum Hort des Kalten Krieges zu machen versucht. Diese Vorgänge sind nicht geeignet, die sich anbahnende Entspannung zwischen den Staaten zu fördern; sie stehen auch in schroffem Gegensatz zu den Wünschen und Hoffnungen aller Völker.
- Wir appellieren an die verantwortlichen Politiker in Ost und West, das Wettrüsten einzustellen und darauf zu verzichten, militärische Gewalt oder Drohung mit militärischer Gewalt als Mittel ihrer Politik anzuwenden.
- Wir Deutsche haben eine besondere Verantwortung für den Frieden. Wir dürfen es nicht zulassen, daß in der Bundesrepublik Konfliktstoffe fort-

# Empfehlungen des Präsidiums des „Ständigen Kongresses“ an alle Atomrüstungsgegner in der Bundesrepublik.

Der „Ständige Kongreß aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“ erlaubt sich, folgende Empfehlungen zu unterbreiten:

1. Zu Beginn des kommenden Jahres wird in Genf der neukonstituierte Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen zusammentreten. Alle Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik sollten diesem Ausschuß die Erwartungen der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung durch Briefe, Resolutionen und Delegationen zur Kenntnis bringen.
2. Das genaue Datum der Gipfelkonferenz steht noch nicht fest. Dennoch sollten alle Gegner der atomaren Aufrüstung in ihren Organisationen, Parteien, Vereinen und Verbänden schon jetzt prüfen, wie den beteiligten Regierungschefs die Meinung der Bevölkerung der Bundesrepublik unmißverständlich zur Kenntnis gebracht werden kann.
3. Um die internationale Entspannung und die friedliche Lösung der deutschen Frage zu fördern, muß man sich immer wieder an die Bundesregierung, den Bundestag, die Länderparlamente, die einzelnen Abgeordneten mit der Forderung wenden, daß die Bundesrepublik die Initiative zu einem eigenen Beitrag zur internationalen Entspannung ergreift.
4. Alle Atomrüstungsgegner in Parteien, Organisationen und Verbänden sollten in den kommenden Wochen die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik mit allen verfügbaren Mitteln darüber aufklären, daß sie sich dafür einsetzen muß, daß die Bundesrepublik auf die atomare Aufrüstung der Bundeswehr verzichtet, daß sie auf ihrem Territorium eine Stationierung von Atomraketen nicht mehr zuläßt und daß sie sich zu Verhandlungen über einen Friedensvertrag und über eine Entspannung in Berlin bereiterklärt.
5. Die bekannte Frankfurter Schauspielerinnen Frau Else Knott hat an die Frauen der Bundesrepublik die Bitte gerichtet, eine Petition an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, zu unterzeich-

nen. Darin wird der Generalsekretär gebeten, seinen Einfluß im Sinne eines endgültigen Stops der Kernwaffenversuche geltend zu machen. Der „Ständige Kongreß“ appelliert an alle Frauen und Frauenorganisationen in der Bundesrepublik, die Unterschriftensammlung zu unterstützen. Unterschriftenkarten sind anzufordern bei Frau Else Knott, Frankfurt (Main), . . . .

Die „Europäische Föderation gegen Atomrüstung“ will die Bundesregierung durch eine Postkartenaktion veranlassen, sich an einer Konferenz der Rot - Kreuz - Signaturmächte zu beteiligen, durch die die Genter Konvention auch auf die Ächtung von Atomwaffen ausgedehnt werden soll. Diese Aktion wird vom Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod“, von dem Münchener „Komitee gegen Atomrüstung“ und vom „Kampfbund gegen Atomschäden“ getragen. Wir bitten alle anderen Organisationen, Parteien und Verbände, die Gegner der Atomwaffen sind, diese Aktion zu unterstützen. Karten sind zu bestellen beim Zentralen Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod“, Bonn-Venusberg, . . . . .

6. Bundesverteidigungsminister Strauß hat die Nachricht in die Presse lanciert, daß eine von ihm veranlaßte Meinungsbefragung ergeben habe, daß die Bürger der Bundesrepublik in steigender Zahl die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik bejahen. Angesichts der in Genf beginnenden Beratungen des Abrüstungsausschusses der Vereinten Nationen ist es notwendig, diese Behauptung des Bundesverteidigungsministers zu widerlegen. Befragungen von Betriebsbelegschaften, Mitgliedern von Gewerkschaften und anderen großen Organisationen, von Einwohnern von Orten, Stadtteilen und Straßen müssen jetzt organisiert werden. Die Zusammenarbeit aller Gruppierungen der Atomrüstungsgegner ist in dieser Frage unerlässlich.

7. In der Bundesrepublik sind die Beratungen und Beschlüsse der „V. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben“ wenig bekannt. Die Erfahrungen der japanischen Bewegung sollten aber gerade bei uns besonders beachtet werden. Die Delegation des „Ständigen Kongresses“ steht zur Berichterstattung allen Organisationen und Ausschüssen zur Verfügung. Referentenanforderungen sind zu richten an die Anschrift: „Ständiger Kongreß“, Sekretär Karl Ludwig Opitz, Hamburg 19, Eichenstraße 46, Telefon Hamburg 49 22 26. Wir empfehlen außerdem die weiteste Verbreitung unserer Flugschrift „Hiroshima ruft alle“. Sie kann von der gleichen Anschrift bezogen werden. 1000 Stück kosten DM 7,50.

8. Evangelische und katholische Geistliche wenden sich in einer Weihnachtsbotschaft unter dem Motto:

„Friede auf Erden — Hoffnung und Verpflichtung“ an alle Christen in der Bundesrepublik. Wir empfehlen, die Botschaft in allen Weihnachtsveranstaltungen zu verlesen. Der Text der Botschaft kann als Flugschrift bezogen werden von der „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik“, Düsseldorf, Prinz-Georg-Straße 89 I.

9. Am 10. Dezember 1948 nahm die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Deklaration der Menschenrechte an. In Gedenkfeiern und Kundgebungen aus Anlaß des Jahrestages dieser Deklaration sollte auf die Völkerrechtswidrigkeit der Atomwaffen unmißverständlich hingewiesen werden.  
Einstimmig angenommen.

## Auftrag an das Büro des Präsidiums

Die angekündigten Kernwaffenversuche in der Sahara sind eine zusätzliche Bedrohung von Gesundheit und Leben der afrikanischen und westeuropäischen Bevölkerung. Sie stellen die Ergebnisse der Drei-Mächte-Sachverständigen-Kommission in Genf in Frage. Das stillschweigende Übereinkommen der drei Atommächte, keine Versuchsexplosionen mehr durchzuführen, wird entwertet. Die Konsequenzen sind unabsehbar.

Der politische Ausschuß der Vereinten Nationen hat sich in einer von 22 afroasiatischen Staaten eingebrachten Resolution mit großer Mehrheit scharf gegen die Versuche ausgesprochen. Darüber hinaus ist ein gemeinsamer Widerstand aller Gegner der atomaren Wettrüstens in den afrikanischen und westeuropäischen Ländern unerlässlich.

Das Büro des Präsidiums wird beauftragt, unverzüglich geeignete Schritte zu unternehmen, um mit allen in Frage kommenden Persönlichkeiten und Organisationen in Verbindung zu treten.

Wir glauben an die Einsicht und die Bereitschaft, jetzt über alles Trennende hinweg jede Anstrengung zu unternehmen, das drohende Unheil in letzter Stunde abzuwenden. Bei einer Stimmenthaltung ohne Gegenstimme angenommen.

## Telegramme

— ELT — Professor Dr. Albert Schweitzer — Guenzbach/Elßaß —  
Präsidiumstagung des Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik grüßet Sie und dankt Ihnen für Ihr unentwegtes Eintreten für Menschlichkeit und Frieden — stop — Ihr Ruf „Tut das Maul auf“ bleibt nicht ungehört —  
Karl Ludwig Opitz Sekretär —

Fortsetzung von Seite 2

dauern und neue entstehen, die die Entspannung verzögern oder verhindern. Im Verein mit ihr versucht die Bundesregierung, den Termin der geplanten Gipfelkonferenz hinauszuschieben, um noch möglichst viele Positionen der Politik der Stärke zu retten.

Wir wenden uns an alle demokratischen Parteien und Organisationen, an alle Menschen in der Bundesrepublik, sich aktiv dafür einzusetzen, daß die Bundesrepublik auf die atomare Aufrüstung der Bundeswehr verzichtet und für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone eintritt.

# Entspannung und Abrüstung

Vor kurzem sind in Camp David die Waffenstillstandspräliminarien im Kalten Krieg zwischen den beiden Weltmächten USA und UdSSR unterzeichnet worden. Es muß sich bald entscheiden, ob auch die anderen an diesem Kalten Krieg beteiligten Mächte weiterkämpfen wollen. Davon wird es weitgehend abhängen, ob und wie bald Frieden geschlossen wird und damit der erste Schritt zu einer Welt ohne Krieg getan werden kann.

Präsident Eisenhower war es, der den Kalten Krieg abgebrochen hat. Er war seit langer Zeit der Überzeugung, daß nach der Erreichung des atomaren Gleichgewichts jeder Krieg nur noch den kollektiven Selbstmord bedeuten könne und daß die Gefahr eines Kriegsausbruches durch Plan oder Zufall ständig wuchs. Eisenhowers Bereitschaft zur Koexistenz und zum Gewaltverzicht bedeutet nichts Geringeres als den Verzicht auf den Plan, die Sowjetunion im Kalten Krieg in die Knie zu zwingen und dadurch für Amerika die Weltherrschaft zu sichern. Im Gegensatz zu Truman und Dulles, die mit der Möglichkeit des heißen Krieges wiederholt gespielt haben und deshalb „am Rande des Abgrundes balancierten“, faßte Eisenhower den historischen Entschluß, dieser ungeheuren Weltgefahr ein Ende zu machen. Die Amerikaner haben den Kalten Krieg abgebrochen und damit Konzessionen gemacht, deren weltpolitische Bedeutung schwerlich überschätzt werden kann. Die beiden Vorkämpfer der in Blöcke geteilten Welt sind nicht nur zur Koexistenz, sondern zur Kooperation auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet entschlossen, ohne daß dabei der wirtschaftliche und ideologische Wettbewerb beendet werden soll. Die völlig neue Weltlage zwingt die Satelliten und Bundesgenossen der beiden Weltmächte zu einer völligen Revision ihrer Orientierung. Großbritannien war diesen Weg bereits mit der Reise Macmillans nach Moskau gegangen. Andere Mächte sind von vornherein neutral geblieben wie Indien, die arabischen Länder und Jugoslawien und brauchen daher ihre politische Linie nicht grundsätzlich zu revidieren. Unter den Besiegten des zweiten Weltkrieges haben sich Italien und Japan rechtzeitig aus der vorderen Front zurückgezogen, während Österreich mit seinem Staatsvertrag die Neutralität und die nationale Unabhängigkeit zwischen den beiden Blöcken errungen hat. Auch der eine deutsche Staat, die DDR, hat die jetzt erfolgte Verständigung dadurch gleichsam vorweggenommen, daß sie sich den Forderungen des Potsdamer Vertrages unterwarf. Wenn ein Friedensvertrag zustande kommt, und einmal muß er ja kommen, dann werden die Deutschen in der DDR keine großen Änderungen mehr vorzunehmen haben, weder territorial noch politisch. Schwerer ist die Lage für die Bundesrepublik. Adenauers Außenpolitik war von Anfang an auf der Konzeption aufgebaut, die er schon im Frühjahr 1948 geäußert hat: „Meine Herren, der Krieg zwischen Amerika und

Rußland kommt auf jeden Fall. Und dann müssen wir auf der richtigen Seite dabei sein.“ Nach dieser Devise hat der Bundeskanzler vom ersten Tage seiner Amtszeit bis Camp David verfahren. Schon im Oktober 1945 hatte Adenauer eine Zusammenfassung der drei westlichen Besatzungszonen und eine Aufrüstung dieses Gebietes im Rahmen der westlichen Welt vorgeschlagen. Schon in der letzten Kriegszeit war in Deutschland die Idee aufgetaucht, sich militärisch auf die westliche Seite zu schlagen und gemeinsam den bolschewistischen Weltfeind zu bekämpfen. Dazu kam es zunächst nicht. Aber als in Europa die Waffen schwiegen, entwarf Truman mit Acheson und Dulles die Umrisse einer Politik der Einkreisung der Sowjetunion, um sie mit der Drohung der Atombombe und der militärischen Unterlegenheit in die Knie zu zwingen. Als Bundesgenosse der siegreichen USA konnte die Bundesregierung hoffen, alle Verluste des zweiten Weltkrieges östlich der Elbe zurückzugewinnen und vielleicht wieder die alte Großmachtstellung zu erlangen. Die Gründung der Bundesrepublik, ihre konventionelle und atomare Aufrüstung, der Eintritt in die NATO und die Integration in einen westeuropäischen Block sollten die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Mittel- und Ostdeutschland der Bundesrepublik eingegliedert wurden, die sich als die einzige Rechtsnachfolgerin des früheren Reiches betrachtete. Dabei dachte man an nichts Geringeres als an die Wiederherstellung der tschechischen Kapitulation von 1938 bezüglich des Sudetenlandes, ja sogar der Ostgrenzen von 1914.

Diese Konzeption hat sich als Fehlrechnung erwiesen. Die Zeit hat für die Sowjetunion gearbeitet und nicht für den Westen, und die Politik der Stärke hat sich gegen ihre Urheber gekehrt. Die USA und Großbritannien sind keinesfalls bereit, für die deutschen Fernziele die Existenz ihres Volkes und Landes gegen die Sowjetunion aufs Spiel zu setzen. Nur der französische Staatspräsident de Gaulle spielt vorläufig noch den starken Mann. Er unterstützt die Bundesregierung in der Ablehnung von Konzessionen in Berlin und in der Wiedervereinigungsfrage. Es erscheint aber völlig ausgeschlossen, daß ein Staatsmann, der so völlig in den klassischen Traditionen der französischen Machtpolitik lebt, im Traum daran denken würde, die deutsche Einheit wiederherzustellen, die 1945 in erster Linie an dem französischen Widerstand gescheitert ist. De Gaulle erweist sich auch dadurch als Hüter der französischen Traditionen, daß er bestrebt ist, eine Brücke zu Deutschlands östlichen Nachbarn zu schlagen. Er hat sich öffentlich und nachdrücklich für die Untastbarkeit der Oder-Neiße-Grenze eingesetzt und damit der polnischen Volksrepublik einen unschätzbaren Dienst geleistet. Er hat ferner den sowjetischen Ministerpräsidenten zum Besuch nach Paris eingeladen, und wir müssen damit rechnen, daß anläßlich dieses Besuches die alten russisch-

französischen Beziehungen aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg wiederhergestellt werden. Den Franzosen erschien Deutschland schon lange zu mächtig und sie haben jetzt die einzigartige Chance, daß der östliche Nachbar um jene 20 Millionen Seelen erleichtert wird, die nach französischer Auffassung die Sicherheit des eigenen Landes gefährden. Bezeichnend ist, daß de Gaulle sich nicht scheut, der NATO öffentlich eine Absage zu erteilen und seine Atombombe gegen das Votum fast der gesamten Welt zur Explosion vorzubereiten, um Frankreichs Großmachtstellung zu dokumentieren. Da ist es ein billiges Lippenbekenntnis, wenn der französische Staatspräsident seinen Freund Adenauer und die Bundesrepublik seiner besonderen Zuneigung versichert und der Bonner Politik taktische Unterstützung leiht. Der einzige Freund, den die Regierung in Bonn noch besitzt, ist im Grunde ihr schlimmster Gegner: Die außenpolitische Isolierung der Bundesrepublik ist damit vollkommen.

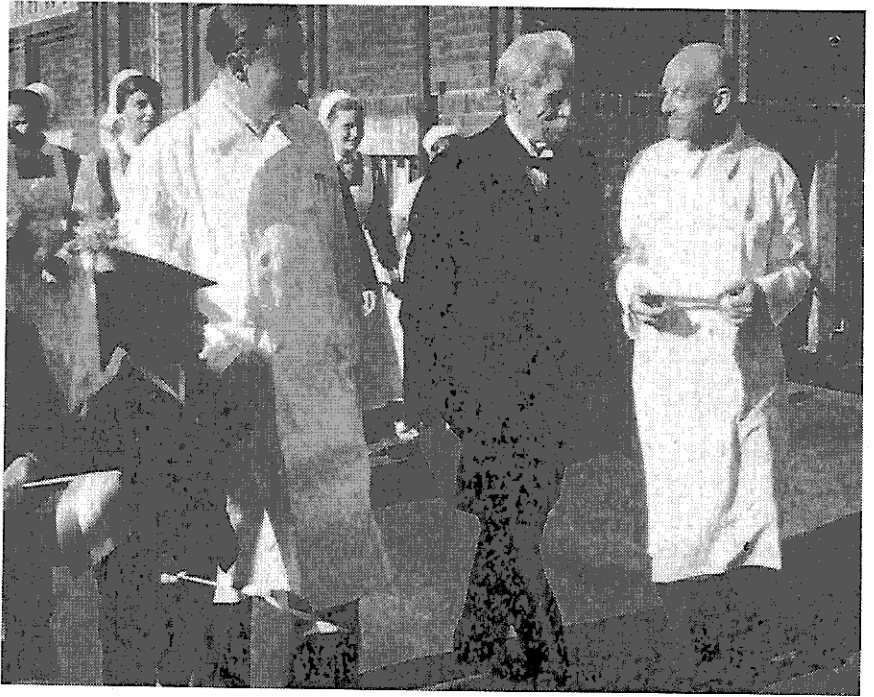
Die Konsequenzen, die sich daraus für uns ergeben, sind einschneidend. Seit der Berlin-Note Chruschtschows vom November des letzten Jahres befindet sich Bonn in einer Zwangslage. Dabei war es gerade die Bundesregierung, welche durch den Atomaufrüstungsbeschluß vom März 1958 die Sowjetregierung zum Handeln bewegen hat, denn ein atomar gerüstetes Deutschland fürchtet man in Moskau noch mehr als ein Deutschland mit konventionellen Waffen. Dieses sowjetische Trauma ist die Folge der zweimaligen tödlichen Bedrohung durch deutsche Armeen, und es ist trotz der derzeitigen militärischen Bedeutungslosigkeit der Bundesrepublik unverändert wach. Dieser atomare Aufrüstungsbeschluß hat aber auch moralisch eine verlorene Schlacht bedeutet, da seitdem in der östlichen wie in der westlichen Welt immer breitere Kreise die Vorstellung gewannen, daß die alten militaristischen Kräfte des Dritten Reiches einen neuen Revanchefeldzug vorbereiteten. Die bis dahin uns günstige öffentliche Meinung in den westlichen Ländern verschlechterte sich zusehends, und die östlichen Warnungen vor dem deutschen Revanchismus griffen im Westen wieder um sich. Schließlich erregte es in der freien Welt Verwunderung und Befremden, daß der offensichtliche Widerstand der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung es nicht zustande brachte, diesen Aufrüstungsbeschluß zu revidieren, daß also die westdeutsche Demokratie offensichtlich auf sehr schwachen Füßen stand. Die Bundesrepublik war in der Tat die einzige Macht, die sofort auf das Angebot des Außenministers Dulles einging, sich mit Atomwaffen auszurüsten zu lassen; mit denen das Pentagon hoffte, die Überlegenheit der Sowjets auf dem Gebiet der Raketen, das die Sputniks bewiesen, auszugleichen.

Die sowjetische Initiative begann mit den Berlin-Erklärungen vom 10. und

27. November 1958. Sie setzte sich fort mit dem Entwurf des Friedensvertrages vom 10. Januar, und dann begann der intensive Austausch von Besuchen zwischen Ost und West, der sichtlich eine neue Ära einleitete. Und wiederum war es die Bundesregierung, die unfreiwillig die Entwicklung vorwärts trieb, als sie der deutschen Delegation auf der Genfer Außenministerkonferenz die Weisung erteilte, sich auf nichts als den unrealistischen Friedensplan der Westmächte vom 15. Mai einzulassen. Die anderen Delegationen flüchteten sich, um wenigstens Teilergebnisse zu erzielen, in Geheimbesprechungen, wo man sich konkret mit den Fragen der Abrüstung und mit Konzessionen in der Berlinfrage beschäftigte, Besprechungen, welche der Annäherung der Siegermächte des zweiten Weltkrieges untereinander sehr förderlich waren. Nebenergebnisse zum Nachteil der Bonner Politik waren die Gleichstellung der beiden deutschen Delegationen am Verhandlungstisch und die Erklärung Herters, daß die Bundesregierung nicht für ganz Deutschland sprechen könne. Als die Konferenz völlig festgefahren schien, erfuhr die Welt die Sensation des Chruschtschowbesuches in den USA, nachdem die Eingeweihten längst von einer sich anbahnenden sowjetisch-amerikanischen Verständigung gemunkelt hatten.

Der unmittelbare Anstoß zu diesem Gipfeltreffen waren zwei Tatsachen: Das atomare Remis und das drohende atomare Chaos. Seit 1954 hatten die Sowjets mit dem Besitz der A- und H-Bomben mit den Amerikanern gleichgezogen. Bei dem Wettrennen um die besten Transportmittel für diese Teufelswaffen zeigte es sich, daß die Raketen hundertfältig den Bombenflugzeugen an Schnelligkeit und Unerreichbarkeit überlegen waren, und seit den Luniks weiß man, daß die Sowjets den Amerikanern in der Raketentechnik um Jahre voraus sind. Das machte den einsichtigen Amerikanern klar, daß sie den Sowjets atomar hoffnungslos unterlegen sind, und daß es diesen ein leichtes wäre, auf einen Schlag alle amerikanischen Städte mit größter Präzision zu erreichen und auszulöschen. Das ist eine Aussicht, die ein Atombombenflugzeuggeschwader niemals haben kann, vor allem angesichts der sowjetischen Radartechnik, die bereits jetzt die Amerikaner zwingt, mit ihren Bombenflugzeugen zum „Heckenspringen“ auszuweichen.

Nicht minder gefährdend ist das atomare Chaos. Zum Atomclub gehören heute nur drei Mächte, und solange sie im alleinigen Besitz der absoluten Waffe sind, ist die Gefahr möglicherweise noch vermeidbar. Wenn sich aber der Kreis der Atom-mächte vermehrt, dann ist mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß in absehbarer Zeit irgendwo der Atomkrieg ausbricht. Man male sich einmal aus, wohin es führen muß, wenn irgendein Diktator oder Rebell in den Besitz solcher Teufelswaffen gelangt, und dann eine Stadt, ein Land, ja einen ganzen Erdteil terrorisieren kann. Die von den Amerikanern beabsichtigte atomare Ausrüstung ihrer NATO-Verbündeten hatte bisher ihre Grenze an dem Kongreßbeschuß, die Atombomben der Verbündeten bis zum



Prof. Albert Schweitzer bei der Einweihung der Kinderklinik in Münster i. W.  
Rechts Prof. Mai, Direktor der Kinderklinik der Universität

Ernstfall unter Verschuß zu halten. Die Bundesrepublik hat also vorläufig keine Atombomben zu eigener Verfügung und wird sie von den Amerikanern wohl auch nicht mehr erhalten. Natürlich besteht die Gefahr der Eigenproduktion. Da steht ja General de Gaulle an der Spitze, der hofft, seine geliebte Atombombe in absehbarer Zeit zum Ruhme Frankreichs in der Sahara zur Explosion zu bringen. Es ist ein glänzendes Zeugnis für die Erweckung der öffentlichen Meinung in der ganzen Welt durch den Kampf der Antiatombewegung und deren Aufklärungsarbeit, daß bei der Abstimmung über die französischen Atombomben in der UNO eine erdrückende Mehrheit von Ländern sich gegen die französische Atompolitik ausgesprochen hat.

Freilich, de Gaulle kümmerte sich nicht darum. Ich habe den Eindruck, daß dieser nüchterne Rechner sich die Atombombe durch politische Konzessionen abkaufen lassen will. Freilich wird die Sachlage dadurch kompliziert, daß auch die deutsche Industrie in die französische Atomrüstungspolitik trotz der Bonner Dementis eingeschaltet ist. Die deutsche industrielle Kapazität aber ist nicht nur größer als die französische, auch das Bestreben gewisser Kreise, die Atombombe als Trumpf für nationale Ziele zur Verfügung zu haben. Dieses Bestreben wird um so stärker werden, je mehr sich der amerikanisch-sowjetische Waffenstillstand in einen Frieden zu verwandeln droht, und die amerikanische Rüstungsindustrie bestrebt sein wird, die Bundesrepublik als neues Experimentierfeld für ihre Rüstungen zu verwenden. In letzter Zeit sind durch die Weltpresse sehr detaillierte Berichte gegangen über Beteiligung amerikanischer Weltfirmen mit Milliardenbeträgen an einschlägigen deutschen Großunternehmen. Bisher sind keine deutschen Dementis erfolgt. Das scheint anzudeuten, daß man in der Bundesrepublik entschlossen ist, nötigenfalls selber zur Atomproduktion überzuge-

hen. Bezeichnend sind gleichzeitige deutsche und amerikanische Forderungen, die z. B. auf der Godesberger Tagung geäußert wurden, die Bundesrepublik müsse nicht nur mit taktischen, sondern auch mit strategischen Bomben ausgerüstet sein. Hier bereiten sich Dinge vor, die unsere konzentrierte Aufmerksamkeit verdienen. — Ob es den Chinesen in absehbarer Zeit gelingen wird, und ob sie überhaupt den Ehrgeiz haben, atomar aufzurüsten, darf aus technisch-wissenschaftlichen wie aus finanziellen Gründen bezweifelt werden. China besitzt eine ungeheure Überlegenheit konventioneller Waffen, davon können die Amerikaner in Korea ein Lied singen. Im Falle eines atomaren Angriffs würde die Pekinger Regierung sicherlich aus Moskau Atomwaffen erhalten.

Jedenfalls ist das atomare Chaos eine ernst zu nehmende Drohung. Und das ist der zweite Grund, warum die beiden Regierungschefs Eile hatten, zu einem umfassenden Abkommen zu gelangen. Und das berührt den Kernpunkt der neuen Entwicklung aus unserer Sicht der Weltlage, nämlich die Abrüstungsvorschläge Chruschtschows in der UNO vom 18. September. Es geschieht zum erstenmal in der Weltgeschichte, daß die militärisch stärkste Macht der Welt die radikalste militärische Abrüstung vorschlägt, die man sich denken kann. Seit dem Jahre 1917 haben die Sowjets wiederholt radikale Abrüstungsvorschläge verkündet. Man hielt sie lange Zeit für hohle Propaganda oder für einen Ausdruck der Angst eines von überlegenen Mächten bedrohten, völlig desorganisierten Landes. Litwinow war es, der im Jahre 1927 auf der vorbereitenden Genfer Abrüstungskonferenz einen umfassenden Abrüstungsvorschlag vorlegte, der alle Länder und alle Waffen einschließen sollte. Aber die Welt wurde damals nicht vom Gegensatz zwischen West und Ost bestimmt, sondern von den Herrschaftswünschen Frankreichs in Euro-

pa und Großbritanniens auf den Weltmeeren. Die sowjetischen Vorschläge wurden achselzuckend zu den Akten gelegt. Das geschah auch, als nach 1945 die Sowjets wiederum ihre Abrüstungsvorschläge vorbrachten einschließlich der Atomabrüstung. Die Amerikaner dachten nicht daran, auf ihr Atommonopol zu verzichten und hielten es auch für undenkbar, daß die Sowjets in absehbarer Zeit atomar gleichziehen würden. Interessanter wurden die sowjetischen Vorschläge, als die A- und H-Bomben auch in der Sowjetunion explodierten. Aber die Generale des Pentagon und der NATO glaubten durch Überlegenheit der atomaren **Quantität** und der Bombengeschwader, die Sowjets ausmanövrieren zu können. Um aber der öffentlichen Meinung Genüge zu tun, deren Unruhe wuchs, erklärte man in den westlichen Ländern eine grundsätzliche Zustimmung zu Abrüstungsvereinbarungen unter zwei Bedingungen: 1. Gesamtabrüstung der atomaren und konventionellen Waffen und 2. umfassende Kontrolle und Inspektion. Die Amerikaner hatten einen guten Grund, auch die konventionellen Waffen zu beschränken, da sie in dieser Hinsicht weniger quantitativ als qualitativ den Sowjets erheblich unterlegen sind. Ähnlich wie Großbritannien hatten die USA in den letzten Jahren ihre Rüstungspläne wesentlich auf atomare Kampfmittel eingestellt. Rein zahlenmäßig stehen auf beiden Seiten etwa 3 Millionen Mann unter Waffen, wobei man natürlich nicht nur die amerikanischen Einheiten in den USA und Mitteleuropa, sondern in den mehr als zweihundert Stützpunkten rund um die Sowjetunion berücksichtigen muß. Auf dem Gebiete der Kontrolle hatten sich schon in den Jahren 1927 bis 1934 die Mächte nicht einigen können. Kein Wunder, denn wie leicht kann aus Kontrolle militärische Spionage werden. Chruschtschow hat dafür das plastische Bild geprägt, daß „Blicke in das Schlafzimmer“ unerwünscht seien; und Moskau hat sich in dieser Hinsicht lange Zeit recht einsilbig verhalten. Aber bereits 1958 hat Gromyko vor den UN eindeutig erklärt, daß die Sowjetunion bei tatsächlicher Abrüstung zur entsprechenden Kontrolle bereit sei. Diese Rede wurde wie so viele sowjetische Erklärungen totgeschwiegen oder verzerrt wiedergegeben. Aber Gromyko ist nicht Chruschtschow und das Jahr 1958 nicht das Jahr 1959. Damals gab es noch keine Luniks, damals hatte sich die Parole Eisenhowers, daß es keine Alternative zum Frieden gebe, unter den westlichen Generalen und Publizisten noch nicht hermgesprochen. Deswegen konnte man die Vorschläge totschweigen. Dies ging jetzt nicht mehr. Chruschtschows Vorschläge in den UN wurden eine Weltensensation, die in dieser Lautstärke und Konsequenz nicht erwartet worden war. Es herrschte tagelange Verwirrung unter den Kalten Kriegern. Man hörte unverbindliche Freundlichkeiten und vorsichtige Warnungen wie die des Herrn Strauß, daß man immer fragen müsse, wer solche Vorschläge mache, oder die des inzwischen zurückgetretenen englischen Verteidigungsministers, daß England seine Rüstungsverpflichtungen erfüllen müsse. Solche Abschwächungen und Ausreden konten die Tatsache

nicht aus der Welt schaffen, daß die Vorschläge ein ungeheures Echo in der Weltmeinung fanden. An den Börsen fielen die Rüstungswerte, erst langsam fand die Industrie-gelenkte Presse ihre Sprache wieder, und es begann eine vorsichtige Hetze gegen die Glaubwürdigkeit und die Durchführbarkeit der sowjetischen Vorschläge. Chruschtschow hatte damit gerechnet. Er setzte die Behandlung seiner Vorschläge als ersten Punkt der Tagesordnung der UN mit großer Mehrheit durch. Kein Delegierter konnte es wagen, offen gegen diese Vorschläge aufzutreten. Zwei Wochen lang wurde von achtzig Nationen darüber diskutiert und nur einzelne Mächte, die keinen Friedensruf zu verlieren hatten, wie Spanien, stellten sich gegen den Gedanken einer vollständigen Abrüstung und meldeten zahlreiche „technische“ und politische Schwierigkeiten an.

Natürlich ist dies ein sehr weitläufiges Problem. Den Kernpunkt bildet das Verbot der Herstellung, Lagerung und Anwendung der Atombomben aller Größen, einschließlich der Bombenflugzeuge und Atomraketen. Dreizehn Monate lang verhandeln bereits die Delegierten der drei Atom-mächte über den Explosionsstopp in Genf, nachdem die Sowjets durch eine einseitige militärische Vorleistung den freiwilligen Explosionsstopp bis zum Abschluß dieser Verhandlungen erreicht hatten. (Ausgerechnet die bösen Bolschewisten sind hier mit gutem Beispiel vorangegangen!) Die Genfer Verhandlungen freilich haben noch nicht zu einem vollen Erfolg geführt. Aber die letzten Schwierigkeiten, vor allem in Bezug auf die unterirdischen Explosionen, dürften wohl in Kürze beigelegt werden. Inzwischen ist, wie mindestens der Abgeordnete Dr. Mende am 5. November im Bundestag behauptet hat, die Radioaktivität der Luft, die bereits bedrohliche Ausmaße angenommen hatte, um 90 Prozent gesunken. Nun könnte man sich denken, daß die Fachleute keine Explosionen mehr brauchen, weil sie die Formeln und die Wirkungen ausreichend kennen. Hier kommt es also auf Kontrollen an Ort und Stelle an, die ebenfalls die industriellen Atommoleküle umfassen müssen, die im Kriegsfall gleichfalls radioaktive Gefahrenherde würden. Es ist ähnlich wie bei den Giftgasen, die gleichfalls unfreiwillig mehr als einmal Katastrophen verschuldet haben, obwohl ihr militärischer Einsatz im zweiten Weltkrieg vermieden worden ist. Bei dieser Kontrolle trat Chruschtschows Schlafzimmerproblem in sein volles Recht: bei einer vollständigen Abrüstung braucht es überhaupt keine militärischen Geheimnisse mehr zu geben, dann können die Kontrollkommissionen in allen Ländern unbegrenzt in alle Fabriken und Lagerräume gehen und feststellen, ob etwas Verbotenes vorhanden ist.

Natürlich bleibt eine gewisse Gefahr der kommerziellen Werkspionage, aber sie wiegt leicht gegenüber dem ungeheuren Fortschritt einer durchgreifenden Abrüstungskontrolle.

Auf Grund meiner wochenlangen Teilnahme an Abrüstungsverhandlungen in den Jahren 1930 — 1934 möchte ich meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß die Auswahl der

Delegierten von größter Wichtigkeit ist. Es gibt auch pazifistisch gesinnte Generale, aber die meisten Offiziere werden, und das kann man beruflich verstehen, nur ungern der Zerstörung ihrer Waffen beipflichten. Delegierte sollten nach meiner Überzeugung Zivilisten, in erster Linie Wissenschaftler sein, die ja bereits auf den verschiedenen internationalen Atomkonferenzen ein bewundernswertes Maß von Objektivität und prompter Arbeit bewiesen haben. Natürlich muß dafür gesorgt werden, daß die Kontrolle alle Länder umfaßt und nicht vielleicht doch noch ein Ausverkauf an Atombomben stattfindet. Zum Glück haben bereits eine Reihe von Ländern den Atombesitz abgelehnt wie Dänemark und Norwegen, neuerdings Griechenland und Marokko, auch Italien neigt jetzt dem Gedanke einer atomwaffenfreien Zone zu. Demgegenüber greift Spanien ebenso begierig wie die Bundesregierung nach diesem Teufelsspielzeug. Eine umfassende Abrüstung wirft eine Frage von ernst zu nehmenden Problemen auf. Denken wir nur an die Rüstungsindustrie, in der Hunderttausende von Menschen beschäftigt und viele Milliarden investiert sind. Man muß diese Industrie Schritt für Schritt auf friedliche Produktion umstellen, und die Unternehmer müssen sich daran gewöhnen, nicht mehr so leicht Milliarden durch Bestechung und öffentlichen Einfluß verdienen zu können, sondern durch ernste wirtschaftliche Konkurrenz mit anderen Firmen und Ländern. Die Welt wartet nur darauf, daß die industrielle Überkapazität der reichen Länder den Armen und Hungernden zugute kommt und daß neben den Konsumgütern die Investitionsgüter in diesen Ländern die Grundlagen einer eigenen industriellen Kapazität schaffen. Auch die einzelnen Waffenkategorien haben ihre besonderen Schwierigkeiten. Sicherlich würden die Weltflotten die geringste Mühe bereiten. Nicht zufällig fand man 1921 in Washington und 1930 in London eine Verständigungsformel für Tonnage und Bewaffnung der großen Seemächte. Im Zeitalter der Atomwaffen sind die Überseeschiffe schwimmende Särge geworden. Schwieriger ist es bei den Luftflotten, an denen man gern festhält, solange die Raketen noch unentwickelt sind. Jedenfalls sollten wir über die realen Aussichten einer baldigen Abrüstung in keinen rosenroten Optimismus verfallen. Die im Januar zusammentretende Zehnerkommission wird etwa die Rolle der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz von 1927 spielen. Erst danach kann eine eigentliche Abrüstungskonferenz zusammentreten, nachdem man sich auf einer Gipfelkonferenz über die Grundsätze geeinigt hat.

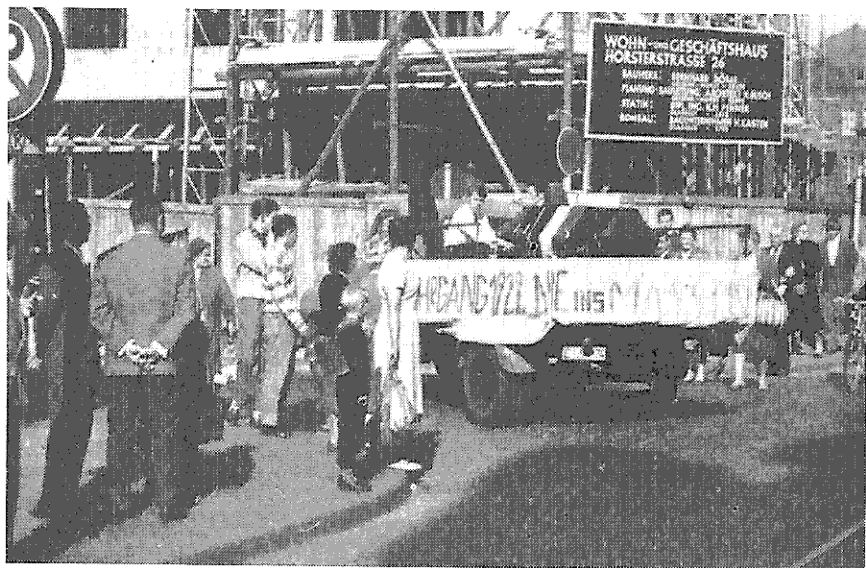
Jedenfalls müssen wir das Eisen schmieden, solange es heiß ist. Unser bester Bundesgenosse ist dabei die öffentliche Weltmeinung. Heute hungern noch zwei Drittel der Menschheit, während eine Minderheit im Überfluß lebt. Hunderttausende von qualifizierten Arbeitskräften, Ingenieuren und Organisatoren können für diese Aufgabe vorbereitet und begeistert werden. Zum ersten Male werden reichliche Mittel für eine großzügige Initiative zur Verfügung ste-

hen. Die Länder geben im Durchschnitt 30 % des Staatshaushaltes für Rüstungen aus, in den USA über 50 %! Das ist eine Art von Ausgaben, die nur schwer kontrollierbar sind, da können sich Generäle und Rüstungsindustrielle gegenseitig die Bälle zuwerfen. Bei einem Fortfall der Rüstungsausgaben lassen sich die Steuern senken und der Lebensstandard erhöhen. Wir können einen Teil dieser Mittel in Bildungs-, in soziale und karitative Aufgaben investieren. Wenn wir bedenken, wieviele Tausende von Flüchtlingen ohne Wohnraum, von Schülern ohne Schulraum, von Kranken ohne moderne Installationen selbst in unserer Wirtschaftswunderrepublik auskommen müssen, so wird uns klar, welche Bedeutung eine radikale Abrüstung haben würde.

Natürlich braucht jeder Staat ein Minimum an Polizeikräften, die die Ordnung im Lande aufrechterhalten. Ferner ist nach meiner Überzeugung eine Polizei auf internationaler Ebene notwendig. Der Begriff einer Weltpolizei ist schon ein alter Wunsch, man hat ihn im Völkerbund ernstlich beraten und geplant. Aber dazu braucht man eine Weltorganisation, die auch Sanktionsmöglichkeiten gegenüber bundesbrüchigen Staaten hat. Artikel 16 des Völkerbundespaktes sah dies ausdrücklich vor. Es ist nicht dazu gekommen. Manche Mächte, darunter auch das Deutsche Reich, dachten an die Möglichkeit, ihre nationalen Ziele nötigenfalls mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Auch in den Vereinten Nationen hat man bereits Versuche mit einer Weltpolizei und mit Sanktionen unternommen, denken wir nur an Israel und die Suezkrise. Durch ihre

ben, denn die Geschichte ist ihrem Wesen nach dynamisch, es gibt wachsende und sterbende Völker und Wirtschaften, und es gibt neu auftauchende Probleme. Es muß also eine friedliche Revisionsmöglichkeit im Rahmen der Vereinten Nationen und durch Schiedsgerichtsbarkeit geben, wie es der Völkerbund versucht und vielfach praktiziert hat. Dieses System einer friedlichen Schlichtung funktio-

diesem Zusammentreffen ein vollständiges Sabotageprogramm jeder Entspannungs- und Abrüstungspolitik entwickelt wurde, dann können wir uns ausmalen, was uns die nächste Zeit noch bringen wird. Den Kalten Kriegern vom Schlage eines Acheson, Mc. Cloy und Lucius Clay wurde von deutscher Seite, insbesondere aus dem Kreise der FDP, in der die Neutralitätsgedanken eines Botschafters Plei-



Demonstration in Gladbeck, Oktober 1959

nierte so lange, bis die faschistischen Mächte nach Abessinien und Spanien und schließlich nach ganz Europa griffen und das internationale Friedenssystem vernichteten. Der Wiederaufbau dieses Friedenssystems wird seit 1945 von vielen friedliebenden Kräften betrieben.

derer und Prof. Noack noch sehr lebendig sind, die Frage gestellt, ob die Amerikaner bereit seien, sich militärisch zurückzuziehen, wenn die Sowjets das gleiche täten. Die Antwort der Amerikaner lautete, sie ständen an der Elbe und würden an der Elbe bleiben, das sei im Interesse der Welt und des Widerstandes gegen den Bolschewismus lebenswichtig. Hier sprach nicht Eisenhower, noch viel weniger Macmillan, der sich über ein Disengagement mit Chruschtschow in Moskau weitgehend geeinigt hatte, hier sprachen die Kalten Krieger des Pentagon und der NATO, die entschlossen sind, Deutschland weiterhin als NATO-Kolonie und Söldner-Reservoir zu gebrauchen.

Noch vor wenigen Monaten stieß man auf starken Widerspruch mit der Behauptung, daß die Sowjetunion keine militärische Aggression gegen Europa plane. Inzwischen haben sich die Propagandaparen des Kalten Krieges geändert. Natürlich wollen die Sowjets den Frieden, so sagt man auf einmal, denn die haben den Vorteil davon, wir aber werden durch ihn in eine hoffnungslose Lage gebracht, und deswegen haben wir ein Interesse daran, daß dieser kommunistische Friede nicht weiter andauert. Herr Schlamm hat das Verdienst, diese These kalt und klar verkündet und damit eine starke Gruppe von Anhängern entlarvt zu haben. Diese Leute sind entschlossen, aufs Ganze zu gehen und zwar mit Hilfe der Bundesrepublik. Amerikaner wie Russen haben eine abergläubische Vorstellung von der Weltüberlegenheit der deutschen Armee. Nun kann die heutige Bundeswehr schwerlich mit der Wehrmacht des Dritten Reiches oder des kaiserlichen Deutschland verglichen werden, nicht zuletzt, weil die jungen Menschen eigentlich nicht wissen, wofür sie kämpfen. Ohne ein



Frankfurt/Main — Neue Siedlung

bloße Existenz, nicht durch ihre militärische Präsenz, haben die UN bereits ein erhebliches friedentiftendes Gewicht erhalten. Eine solche Exekutivgewalt der Vereinten Nationen sollte vielleicht sogar mit modernen Waffen ausgestattet werden als einzige in der Welt, um eine sichere Überlegenheit bei allen Konflikten zu gewährleisten.

Der politische Status der Welt kann nicht für alle Zeit unverändert blei-

Wir sollten aber nicht glauben, daß der Frieden schon gesichert ist. Nur wenn wir seine Feinde ständig im Auge haben, und diese Feinde sind sehr stark, können wir verhindern, daß alle diese hoffnungsvollen Ansätze zerstört werden. Wenn man bedenkt, daß während des Treffens von Eisenhower und Chruschtschow in Camp David bereits die Kalten Krieger in den USA auf dem Wege nach Bad Godesberg waren und daß bei

hohes Ethos war eine Armee niemals einsatzfähig. Deswegen versucht Herr Schlamm, die Wirtschaftswunderdeutschen von ihrem satten Selbstbehagen auf die nationalen Werte zurückzuführen, damit sie bereit sind, in einem Atomkrieg als erste Opfer zu fallen. In der Tat fehlt es nicht an Westdeutschen, die an eine Lösung unserer nationalen Fragen mit revolutionären oder militärischen Mitteln ernstlich denken. Schließlich sei, so hört man, ja auch der Anschluß Österreichs und des Sudetenlandes auf diese Weise zustande gekommen. Hinter diesen Ideen stehen jene Revisionisten, die ihre Felle mit Adenauers außenpolitischer Niederlage davonschwimmen sehen. Ferner gehören zu den Anhängern dieser Theorie die Rüstungsindustrie und die Großfinanz, die einen ungeheuren Einfluß auf Regierungen, Presse und Rundfunk haben. Ich glaube, daß nicht einer unter ihnen ist, der sich wirklich den Atomkrieg wünscht, man hat sich für den schlimmsten Fall in der Schweiz oder auf einer Südseeinsel eine Zufluchtsstätte ausgesucht. Nun, sie werden wohl keine Zeit mehr haben, dorthin zu gelangen, wenn erst einmal die Atomraketen starten. Aber diese Leute wünschen auch nur, daß gerüstet wird, daß Milliarden ins Rüstungsgeschäft fließen. Vor allem anderen müssen wir umdenken lernen. In Amerika und England hat man gute alte Traditionen der Friedensstiftung. Bei uns gibt es eine alte Tradition und Philosophie der Macht, während der Pazifismus

immer eine Aschenbrödelrolle gespielt hat. Unter Realismus in der Politik verstand man, daß man vorwiegend in militärischen Maßstäben rechnete, statt in politischen Begriffen. Für einen politischen Menschen wie Bismarck waren drei kurze Kriege ein Mittel zur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, um dann eine entschiedene Friedenspolitik einzuschlagen. Solche Mittel sind im Zeitalter der Atomrüstung unanwendbar geworden. Es gibt nur noch die Fortsetzung der nationalen Politik mit internationalen Mitteln. Zum Schluß möchte ich noch auf eine besonders aktuelle Frage hinweisen, die Wiedervereinigung. Hier entwickelt sich die akute Gefahr, daß auch friedliche Menschen Gewaltlösungen ins Auge fassen, weil andere Wege nicht mehr gangbar sind. Gewiß, man kann noch den Illusionen von vorgestern anhängen, indem man von freien Wahlen träumt und von den Russen erwartet, daß sie die DDR den NATO-Mächten schenken werden. Die zweite Möglichkeit ist die des Verzichtes auf die Wiedervereinigung, sei es aus ideologischen Gründen, wie es Herr Wenger tut oder um des Friedens willen wie Herr von Cube, oder schließlich, daß man resigniert, wie wir es jetzt bei manchen Deutschen erleben. Gleichzeitig aber wächst insgeheim die Kategorie jener Leute, die nur noch eine Gewaltlösung für möglich halten. Diese Leute reden nach außen hin von freien Wahlen oder von Verzichtleistung, aber wenn man mit ihnen unter vier Au-

gen ist, dann erklären sie zynisch: wenn unsere Rüstung erst fertig sei, dann wäre die Befreiung der Zone nur noch eine Frage von Stunden. Dieser Weg der Gewalt verlockt manchen Deutschen, der sein Vaterland liebt, und der in militärischen oder nazistischen Kategorien zu denken gewohnt ist. Das ist der Punkt, wo die Frage der deutschen Wiedervereinigung für uns als „Ständiger Kongreß“ von aktueller Bedeutung ist. Es wird eine Menge Leute geben, denen man heute unter vier Augen klar machen kann, daß wir die atomare Aufrüstung brauchen, weil wir ja eines Tages wieder die nationale Einheit herstellen wollten. Unpolitisch, wie viele Deutsche nun einmal sind, greifen sie begierig diese Parole auf und tragen sie weiter. Wenn man an die heiligsten Gefühle eines Menschen appelliert, vor allem, wenn es Deutsche mit ihrer „legendären Lust am Untergang“ sind, dann sind sie leicht bereit, auch zu den wahnwitzigsten Mitteln zu greifen, auch wenn das Ziel, die Wiedervereinigung, sich nur im atomaren Massengrab vollziehen kann. Der Himmel hat sich aufgeheilt, Abrüstung und Entspannung sind in greifbare Nähe gerückt. Das Verhängnis besteht darin, daß mit dieser Entspannung die Zerstörung vieler deutscher Illusionen Hand in Hand gehen muß und daß die Enttäuschten versucht sein könnten, zu den äußersten Mitteln zu greifen, um das Verlorene oder Verspielte doch noch zu erzwingen.

## Postkartenflut der Atomgegner

Ausschuß » Kampf dem Atomtod«, Münchener » Komitee gegen Atomrüstung«, » Kampfbund gegen Atomschäden« starten eine neue Aktion.

Eine Millionenflut von Postkarten an den Petitions-Ausschuß des Bundestages will die Europäische Föderation gegen Atomrüstung in den nächsten Wochen und Monaten in der Bundesrepublik auslösen.

Auf der vorgedruckten Karte sollen die Absender den Bundestag bitten, die Bundesregierung aufzufordern, der Schweizer Regierung ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer Konferenz der Rot-Kreuz-Signaturmächte zu erklären. Ziel der Konferenz soll es sein, die Genfer Konventionen auch auf die Achtung von Atomwaffen auszuweiten.

In der Bundesrepublik wird diese Aktion getragen von dem Bonner Ausschuß „Kampf dem Atomtod“, von dem Münchner „Komitee gegen Atomrüstung“ und von dem „Kampfbund gegen Atomschäden“ in Detmold. Der Vorsitzende des Arbeitsausschusses „Kampf dem Atomtod“, der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Menzel, teilte vor der Presse in Bonn mit, er habe die politischen Parteien, die Kirchen und andere Organisationen um ihre Unterstützung gebeten. Der Fraktionsvorsitzende der Christlichen Demokraten im Bundestag, Krone, hat nach den Angaben Menzels versprochen, mit Bundeskanzler Adenauer darüber zu sprechen. Der Berliner Regierende Bürgermeister Brandt hat sich aktiv für die Verwirklichung des Rot-Kreuz-Entwurfes eingesetzt. Die Empfehlung des Roten Kreuzes,

ausgearbeitet auf der Konferenz in Neu-Delhi im November 1957, beschränkt sich zunächst auf den Schutz der Zivilbevölkerung vor „radioaktiven Kampfmitteln“. Um wirksam zu werden, muß der Entwurf von den Signaturstaaten des Roten Kreuzes angenommen werden.

Die Schweizer Regierung soll sich bereit erklärt haben, die Signaturstaaten der Rot-Kreuz-Konvention zu einer

Konferenz einzuladen, in der der Entwurf von Neu-Delhi beraten werden soll. Die deutschen Organisationen der Europäischen Föderation gegen Atomrüstung wollen deshalb die Bundesregierung jetzt drängen, von sich aus der schweizerischen Landesregierung zu versichern, daß sie zur Teilnahme an einer derartigen Konferenz bereit sei.

(„Welt“ vom 11. 11. 59)

HELFT MIT  
DURCH EINE  
ROT-KREUZ-  
KONVENTION  
DIE  
ATOMWAFFEN  
ZU ÄCHTEN!

DRUCKSACHE  
Gebühr  
7 DM  
An den  
Petitionsausschuß des  
Deutschen Bundestages  
BONN, Bundesthaus



Helft  
mit

durch eine  
Rot-Kreuz-  
Konvention  
die

Atomwaffen  
zu ächten!

# Die Opfer - Wie leben sie heute?

Dr. Barbara Rathjens berichtet von ihren Erlebnissen aus Anlaß der V. Weltkonferenz gegen A. und H-Bomben in Japan.

Wenn wir in Hiroshima Gelegenheit hatten, mit einigen Überlebenden der Katastrophe vom 6. August 1945 zu sprechen, ihrer Krankengeschichte zu lauschen und die verschiedensten Folgeerkrankungen selbst in Augenschein zu nehmen, so stand damals das Mitleid mit diesen „Atombombenopfern“ im Vordergrund. Die V. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben hatte u. a. zahlreiche wissenschaftliche Diskussionen über die Auswirkungen der Radioaktivität am organischen Leben ganz allgemein wie auch roundtable-Gespräche mit japanischen Ärzten und „Strahlenkranken“ arrangiert. Alle Beteiligten werden wohl den gleich starken Eindruck wieder mit nach Hause genommen haben und sich in verdoppelten Anstrengungen um die Erhaltung des Friedens bemühen: Die Kranken wurden durch unsere Anteilnahme und die Neufassung eines Unterstützungsprogramms ermutigt, die Wissenschaftler wurden durch Augenschein und Diskussion in ihren Thesen bestärkt und alle Delegierten der verschiedensten Nationen aus Ost und West waren sich angesichts dieser Demonstration des Schreckens plötzlich einig und tief verbunden. Ich war meines Wissens unter den ausländischen Delegierten die einzige medizinisch geschulte Person und daher schon aus ärztlicher Sicht an der besonderen Situation der Atombombenopfer speziell interessiert. Im folgenden möchte ich unseren Lesern ein Bild geben von den körperlichen und seelischen Auswirkungen an den Menschen, die eine einzige „kleine“ Atombombe überlebt haben. Voraussetzen möchte ich, daß wir diese Überlebenden keineswegs unseren Kriegsopfern gleichsetzen dürfen, die es in allen am letzten Weltkrieg beteiligten Ländern gibt; sondern diesen Men-

schen, die den 6. August 1945 in Hiroshima überstanden haben, haftet ein unheimliches Odium an, das ihre heutige Lebenssituation charakterisiert. Nie wird man genau wissen, wie viele Menschen damals starben. Die im Jahre 1945 von den USA offiziell mitgeteilten Zahlen berichten von 79 000 Toten. Diese erstgenannte Zahl von 79 000 wurde nach den Lebensmittelkarten errechnet, die nicht mehr abgeholt wurden. Hiroshima war damals mit 400 000 Einwohnern die siebentgrößte Stadt in Japan. Die Menschen, die aus der Umgebung täglich in die Stadt zu ihrem Arbeitsplatz kamen, sind in dieser Zahl nicht berücksichtigt, wie auch nicht die 70 000 stationierten Soldaten der Militärgarnison. Nach neuesten Schätzungen rechnet man mit 200 000 bis 270 000 Todesopfern.

Die Atombombe unterscheidet sich in ihrer innersten Struktur ganz wesentlich von allen herkömmlichen Waffen und Bomben. Wenn sie im Kriegsfall zur Explosion gebracht wird, so tötet sie in einem Augenblick hunderttausende von Menschen. Die Menschen, die zwar der Explosion ausgesetzt waren, aber überlebt haben, zeigen neben einer unterschiedlich schweren Sofortwirkung (Verbrennungen, Erblindungen durch die starke Lichtwirkung, Haarausfall und generalisierte Hautreizungen) erst viele Jahre später körperliche Leiden, die durch die ausgeschüttete Radioaktivität erklärt werden müssen. Sie sind zwar mit dem Leben davongekommen, aber irgendwie gesundheitlich angegriffen, sie sind „halbkrank“ oder nur „halbgesund“. Für diese Menschen ist eine Frage entscheidend über Leben und Tod, die Frage: „Wie weit waren Sie vom Zentrum entfernt, als die Bombe explodierte.“ Im Umkreis von 500 Me-

tern waren praktisch alle Menschen tot oder wenigstens so schwer verletzt, daß die erst nach 3 Tagen einsetzende Hilfe durch militärische Organisationen zu spät für sie kam. Das Chaos in der brennenden Stadt hatte unvorstellbare Ausmaße angenommen.

Hiroshima wurde wieder aufgebaut und hat heute mehr Einwohner als 1945, rund 500 000. Auf einem Hügel, direkt neben dem Fernsehturm, liegt das Atom Bomb Casualty Committee, ABCC, ein amerikanisches Forschungszentrum, das 1947 zur „Erforschung der genetischen Auswirkungen von Radioaktivität und Erarbeitung von Methoden zur Errettung von Nichtkämpfern sofort nach der Explosion von Atombomben“ gegründet wurde. Die Kranken liegen aber in den Hospitälern von ganz Japan, denn nur etwa 25 Prozent von ihnen sind in ihre Heimatstadt zurückgekehrt. Es wird aus diesem Grunde ersichtlich, daß es sehr schwer ist, wirklich alle Atombombenopfer statistisch zu erfassen, denn sie leben heute über ganz Japan verstreut. Da ihnen in den ersten 10 Jahren nach Kriegsende von seiten der übrigen Bevölkerung nur sehr wenig Verständnis für ihre besondere Lage entgegengebracht wurde, steht noch heute ein sehr hoher Prozentsatz von ihnen auf dem Standpunkt: „Uns kann ja doch keiner helfen oder verstehen! Wir wollen wenigstens in Ruhe gelassen werden.“

Ein Ereignis hat aber schlagartig die japanische Öffentlichkeit auf die Gefahren der radioaktiven Verseuchung hingewiesen und den Menschen die Augen geöffnet: Das war die tragische Geschichte von dem japanischen Fischerboot „glücklicher Drachen“, das mit seinen 23 Mann Besatzung am 1. März 1954 am Bikini-Atoll in den radioaktiven Staubregen einer Atombomben-Versuchsexplosion geriet. Alle 23 Fischer erkrankten schwer, einer ist inzwischen gestorben. Jetzt war auch die Weltöffentlichkeit alarmiert und zum 10. Jahrestag, am 6. August 1955, wurde die erste Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben in Hiroshima einberufen. Seit dieser Zeit ließ sich die Gefährlichkeit radioaktiver Verseuchung beim Menschen nicht länger verleugnen, und das Interesse an den Atombombenopfern wurde plötzlich groß. Seit 1955 studierte man ihre Lebensbedingungen und ihre Krankengeschichten, ein Fürsorgeprogramm wurde von der japanischen Regierung für sie eingeleitet —, trat aber erst 1957 in Kraft —, und finanzielle Hilfe aus dem In- und Ausland traf ein. Das seit 1957 zur Durchführung gelangte japanische Gesetz sieht bei „anerkannten Atombombenopfern“ freie Arzt- und Krankenhausbehandlung vor, nicht einbegriffen sind aber Krankengeld, Familienunterstützung, Fahrtkosten, Sicherung des Arbeitsplatzes usw. Eine entsprechende Gesetzesvorlage wurde letztlich vom japanischen Rat gegen A- und H-Bomben einge-

- Durch Rot-Kreuz-Konventionen sind bisher Dumdum-Geschosse und Giftgase geächtet und in den Kriegen auch nicht mehr angewandt worden.
- Das Internationale Rote Kreuz hat 1957 einstimmig beschlossen, d. h. auch mit den Stimmen des Deutschen Roten Kreuzes und des Vertreters der Deutschen Bundesregierung, ein Abkommen zu empfehlen, das die Anwendung atomarer, chemischer und biologischer Kampfstoffe ächtet.
- Das Schicksal dieses Beschlusses hängt jetzt von der Zustimmung der Regierungen ab, eine Einladung des Schweizer Bundesrates, der Schutzmacht des Internationalen Roten Kreuzes, zu Verhandlungen über diese Beschlüsse anzunehmen.
- Wir fordern die Deutsche Bundesregierung auf, ihre Bereitschaft zu erklären, einer solchen Einladung zu folgen.

Ihre Unterschrift kann helfen, dieser Forderung Nachdruck zu verleihen!

ROT-KREUZ-KONVENTION GEGEN ATOMWAFFEN  
AKTION DER EUROPÄISCHEN FÖDERATION GEGEN ATOMRÜSTUNG

Ausschuß Kampf dem Atomtod Bonn	Komitee gegen Atomrüstung München	Kampfbund gegen Atomschäden Darmstadt
---------------------------------------	---	---

Ich bitte den Deutschen Bundestag, die Bundesregierung aufzufordern, der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft ihre Bereitschaft zu erklären, eine Einladung zu einer Konferenz der Rot-Kreuz-Signatarmächte mit dem Ziel anzunehmen, die Genfer Konventionen auch auf die Ächtung von Atomwaffen auszuweiten.

Datum

Anschrift

Name

Unterschrift

bracht und von der V. Weltkonferenz voll unterstützt.

Das Wissen um die Gefährlichkeit der „Strahlenkrankheit“ hat aber den Erkrankten bisher nur wenig Hilfe gebracht, ja fast das Gegenteil ist der Fall. Es wird heute für Atombombenopfer immer schwerer, einen ihren Kenntnissen und ihrer Berufsausbildung entsprechenden Arbeitsplatz zu bekommen. Schwere Arbeit können sie nicht übernehmen; und da sie häufiger als andere Menschen arbeitsunfähig werden, müssen sie sich mit Gelegenheitsarbeit begnügen. Die Arbeitgeber vermeiden nach Möglichkeit, Atombombenopfer einzustellen, oder sie nutzen deren Arbeitswilligkeit dahingehend aus, daß sie ihnen Beschäftigungen zuweisen, deren Bezahlung noch unter der Arbeitslosen-Fürsorgegesetz liegt. In Hiroshima sind heute 60 Prozent der Opfer arbeitslos, und 42 Prozent der Arbeiter, deren Lohn noch unter der Arbeitslosenunterstützung liegt, sind Opfer. Bei niedrigsten Löhnen (z. T. weniger als 60,— DM monatlich) arbeiten sie unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen oft 10-12 Stunden am Tag, bei Erkrankung werden sie entlassen. Viele kommen der Aufforderung zu stationärer Behandlung nicht nach und verheimlichen ihre Zugehörigkeit zu diesem Personenkreis aus Angst, ihre Stellung zu verlieren.

Im Gefolge der Atombombenexplosion auf Hiroshima haben 46 Prozent der Überlebenden das Sterben oder langsame Dahinsiechen engster Familienangehöriger mit eigenen Augen sehen und erleben müssen, manche sind die einzig Überlebenden einer großen Familie. Wenn man bedenkt, wie eng und vertraulich die meisten japanischen Familien zusammenleben, so läßt sich das Grauen und die bis heute währende seelische Belastung ermesen, die ihnen der Tod engster Angehöriger binnen weniger Tage verursachen mußte. Die Zahl der Waisenkinder läßt sich nur schätzen, sie beläuft sich etwa auf 6500. Viele von ihnen haben sich zu umherziehenden Kindergruppen zusammengefunden und sind heute verschollen, viele starben an Unterernährung, der Rest wurde in Familien und Waisenhäusern untergebracht. Es wird für die „Strahlenkranken“ immer schwerer zu heilraten, da sich in Japan eine allgemeine Angst von den „Todesstrahlen“ seit 1954, seit dem Ereignis mit dem „glücklichen Drachen“, ausgebreitet hat und durch Presseberichte, aufklärende Vorträge und Filme jedermann um die Krankheit selbst und ihre möglicherweise auftretenden Folgen (Erbschäden?) weiß. Viele gesunde Männer fühlen sich zur Ehescheidung veranlaßt, wenn ihre Frauen „atomkrank“ sind und ihren Hausfrauen- und Mutterpflichten nicht in der gewohnten Weise mehr nachkommen können.

Welcher Art sind nun die Erkrankungen, an denen die Einwohner von Hiroshima, die den ersten Atombombenabwurf überlebt haben, heute leiden?

Es ist eine wissenschaftlich bewiesene Tatsache, daß eines der charakteristischen Merkmale bei der radioaktiven Überbelastung von Organismen darin liegt, daß die resultierenden Erkrankungen nicht nur zeitlich begrenzt auftreten, sondern durch die Einwirkung auf den Zellkern als solchen

## Sahara-Protteste an Staatspräsident de Gaulle

Westberlin, den 12. Nov. 1959

Herrn  
General Charles de Gaulle

**Ew. Exzellenz,  
Hochverehrter Herr Präsident!**

Wir unterzeichneten Professoren, Assistenten, Studenten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verfolgen seit langem mit tiefer Unruhe die verhängnisvolle Entwicklung der Atomrüstungspolitik in Ost und West und haben uns stets entschieden gegen eine mögliche atomare Aufrüstung Deutschlands gewandt.

Mit tiefer Besorgnis haben wir die wiederholten Ankündigungen von Atombombenversuchen in der Sahara zur Kenntnis genommen.

Im Laufe dieser Wochen wird eine Gruppe von Freiwilligen der internationalen Bewegung gegen Atomrüstung in das Sahara-Sperrgebiet eindringen, um die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die dortigen Vorbereitungen zu lenken. Wir Unterzeichneten erklären uns solidarisch mit diesem Vorhaben. Wir appellieren an Sie, Herr Präsident, gerade auch im Hinblick auf die gegenwärtigen Ansätze zur weltpolitischen Entspannung, den politischen Einfluß Frankreichs im Sinne folgender Vorschläge geltend zu machen:

1. **Weltweiter kontrollierter Verzicht auf Versuche mit Kernwaffen;**
2. **Einfrieren der bestehenden Rüstungsverhältnisse als erster Schritt zur kontrollierten Abrüstung;**
3. **Weiterentwicklung und stufenweise Verwirklichung der Pläne zur totalen weltweiten Abrüstung;**
4. **Verwendung der freigewordenen Mittel in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen zur Aufbauhilfe für die Entwicklungsländer und Notstandsgebiete der Welt.**

Der Geist der Versöhnung, der aus Ihren Vorschlägen, Herr Präsident, zur Beilegung des Algerienkonfliktes spricht, läßt uns hoffen, daß dieser Appell nicht ungehört verhallen wird.

Genehmigen Sie, hochverehrter Herr Präsident,  
den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung!  
gez.

**BERLINER ARBEITSAUSSCHUSS GEGEN DEN ATOMTOD:**

**Dr. Erich Müller Gangloff**, Leiter der evangelischen Akademie; **Prof. Dr. W. Schaaffs**, Vors. des Bezirksausschusses Spandau; **Pfarrer Dr. Harnisch**, Vors. des Bezirksausschusses Schöneberg; **Dr. W. Dornfeldt**, Vors. des Bezirksausschusses Neukölln; **Dr. W. H. Meyer**, Vors. des Bezirksausschusses Tempelh.; **Klaus Ehrler**, Sprecher der Studentengruppe gegen Atomrüstung (Freie Universität); **Manfred Rexin, Ansgar Skriver**, Hochschulgemeinschaft für die politischen Probleme des Atomzeitalters; **Wolfgang F. Haug**, Arbeitskreis das Argument; **Norbert Adrian**, Landesvors. des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes Berlin; **Harry Ristock**, Landesvors. der Sozialistischen Jugend Deutschlands die Falken, Berlin; **Robert Julius Nüsse**, Vors. der Liberalen Hochschulgruppe FU Berlin; **Christoph Albers**, Vors. der Liberal-Sozialen Hochschulgruppe FU; **Prof. Dr. W. Weischedel**; **Prof. D. H. Gollwitzer**; **Prof. Dr. G. Gollwitzer** (Stuttgart); **Prof. D. H. Vogel Prof. Dr. R. Goldschmidt**; **Prof. Dr. H. H. Schrey**; **Prof. Dr. O. K. Flechtheim**; **Prof. Dr. R. Sühnel**; **Prof. Dr. R. Schottlaender**; **Dr. M. von Brentano**, wissenschaftlicher Rat; **Friedrich W. Marquardt**, Studentenpfarrer der FU; **Rudolf Weckerling**, Studentenpfarrer der TU; **Propst D. H. Grüber**; **Pfarrer Dr. H. Schroth**, Spandau; **Pfarrer M. Lehmann**, Steglitz; **Pfarrer G. Kiefel**, Spandau; **Pfarrer J. Müller**, Schöneberg; **Pfarrer J. Kanitz**, Zehlendorf; **Günther Anders**, Schriftsteller; **Hans Scholz**, Schriftsteller; **Wolfdietrich Schnurre**, Schriftsteller; **Boleslaw Barlog**, Intendant; **Hans Lietzau**, Regisseur; **Albert Bessler**, Dramaturg; **Rolf Ulrich**, Schauspieler; **Dr. Werner Stein**, Physiker, M. d. A.; **Wolfgang Lüder**, 2. Konventsvorsitzender und Senatssprecher, FU Berlin; **Helmut Lehmann**, 1. Vors. der Esperanto-Jugend Berlin; **Dr. med. Lettan**; **Dipl.-Ing. D. Römer**, Architekt.

Schäden über einen sehr langen Zeitraum entstehen lassen. Diesen wichtigen Punkt müssen wir immer berücksichtigen und bei der statistischen Untersuchung mitbewerten. Amerikanische und japanische Wissenschaftler, die seit Jahren an diesem Problem zusammenarbeiten, haben übereinstimmende Feststellungen gemacht. Nach einer Veröffentlichung aus Hiroshima wurden in der Zeit vom 1. April 1957 bis 31. März 1959 insgesamt 1315 Überlebende stationär behandelt. Sie litten vorwiegend an Blutkrankheiten wie Anaemie und Leukämie, narbigschrumpfenden Haut- und Augenveränderungen durch die Folgen der Verbrennungen. Die Todesfälle an bösartigen Geschwüren, sowie an Erkrankungen des Blutsystems lagen in dieser Zeit in Hiroshima fast dreimal so hoch wie bei der übrigen japanischen Bevölkerung (17,5 : 6 Prozent). Auf-

fällig ist, daß in einer Entfernung von 1500 bis zu 2000 Metern vom Zentrum des Bombentreffers entfernt die Überlebenden am häufigsten und besonders schwer erkrankt sind (Leukämie und Krebs).

Weitere subjektive Klagen, die zu meist durch medizinische Untersuchungen objektiviert werden konnten, bei den Atomopfern sind: Rasche Ermüdbarkeit und körperliche Schwäche, Schwindel und Gleichgewichtsstörungen, Kopfschmerzen und schlechtes Sehvermögen, Appetitlosigkeit mit Gewichtsverlust bei leichtem Fieber, Husten mit Auswurf, Kreislaufstörungen, Impotenz usw. Diese vorerst nur funktionellen Störungen gehen nur allzu oft in schwere Erkrankungen, wie sie oben aufgeführt wurden, über. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß der Organismus seine Anpassungsfähigkeit an äußere Einwirkun-

# Gegen den Atomtod auch in Südamerika

Trotz den einschneidenden Maßnahmen gegen den Argentinischen Friedensrat setzt dieser seine Tätigkeit gegen die Kernwaffenversuche fort. Am 6. August, dem Hiroshima-Tag, nahmen verschiedene Körperschaften und Berufsgruppen zu diesem Jahrestag Stellung. Hervorgehoben seien die Erklärungen der Gemeindevertretungen von Avellaneda und Matanza. Das Abgeordnetenhaus der Provinz Santa Fé billigte einstimmig die Entsendung einer Note an die Landesexekutive und ersuchte sie, in den internationalen Organisationen und vor allem in den Vereinten Nationen für die sofortige Einstellung der Kernwaffenexplosionen einzutreten. Im Laufe des Monats August nahmen zahlreiche Gewerkschafts-, Studenten-, Berufsvereinigungen usw. im gleichen Sinne Stellung. Es fanden auch eine Reihe von öffentlichen Veranstaltungen statt, die den gleichen Zweck verfolgten. Bei der von der Mütterkommission für den Frieden im Zentrum der Medizinstudenten von Buenos Aires organisierten Versammlung sprachen unter anderen Referenten Professor Dr. Manuel Litter und Frau Dr. Elena Panini de Vega. Der Friedensrat der Provinz von Buenos Aires ehrte im Friedenspark der Stadt La Plata im Rahmen einer Feier die Opfer von Hiroshima mit Blumen. Diese Feier wurde in der Lokalpresse groß aufgemacht. Der Friedensrat der Stadt Buenos Aires gab zu diesem Anlaß eine Sondernummer seiner Zeitschrift „Queremos vivir“ heraus. Die Friedensräte und Friedenskommissionen leisteten eine große Aufklärungsarbeit gegen die Atomgefahr und den Kalten Krieg und für die Gipfelkonferenz. Die gegenseitigen Besuche Chruschtschows und Eisenhowers werden von der argentinischen öffentlichen Meinung mit Befriedigung begrüßt.

Die Presse widmet ihnen positive Kommentare. „Queremos vivir“ schrieb einen Artikel über eine Seite mit dem Titel: „Die Menschheit, die

Fortsetzung von Seite 10

gen aller Art, Infektionen oder Vergiftungen, mehr oder weniger verloren hat, die allgemeine Abwehrkraft ist deutlich vermindert. Nur zu deutlich geht aus den bisherigen Reihenuntersuchungen hervor, daß eine Kumulation vieler äußerer Reizwirkungen bei ihnen vorliegt und daß sie auch für die heute bestehende Luft-Radioaktivität eine größere Reaktionsempfindlichkeit zeigen.

Sie sind Leidende im echtsten Sinne des Wortes auf Grund einer unseligen Vergangenheit, einer noch nicht ausreichend gebesserten Gegenwart; und über ihrem Kopf hängt das Damocles-Schwert einer unsicheren Zukunft. Tun wir alles, um ihre Angst zu verringern! Tun wir genug, um ein ähnliches, vielleicht aber noch tausendfach schlimmeres Schicksal von uns und unseren Mitmenschen abzuwenden?

des Kalten Krieges überdrüssig ist, begrüßt freudig die gegenseitigen Besuche“ und setzt fort: „Aber die Völker müssen einen Druck ausüben, bis die Einigung zu einer Tatsache wird.“ Die Argentinische Kommission gegen die Atomgefahr, die von zwanzig Gewerkschafts-, Studenten- und anderen Organisationen gegründet wurde, hat eine vielseitige und bedeutende Tätigkeit entfaltet. So wurde unter anderem in der Abgeordnetenkammer eine Petition mit den Unterschriften der mitbegründeten Organisationen eingebracht, in der Informationen über



die „Operation Argus“ und die Einstellung der Kernwaffenversuche gefordert wurde. Verschiedene Delegationen sprachen im Parlament vor. Außerdem wurde in Buenos Aires zur Erinnerung an die Opfer von Hiroshima eine Ausstellung mit dem Titel „Auf den Wegen des Atoms“ eröffnet. In den ersten fünf Tagen zählte die Ausstellung bereits 15 000 Besucher. Diese trugen sich in ein Album ein, das den Vereinten Nationen mit dem Ersuchen nach Einstellung der Kernwaffenversuche übersandt werden wird. Die Ausstellung zeigte die Vorteile einer friedlichen Nutzung der Atomenergie und die ersten Gefahren ihrer Verwendung für kriegerische Zwecke. Die argentinische Presse („La Nación“, „La Prensa“ usw.) veröffentlichten Nachrichten über die Ausstellung, verschiedene Rundfunkstationen sendeten die Kommunikés über die Eröffnung. Das Fernsehen filmte und übertrug die Eröffnungsfeierlichkeiten und zeigte einige Graphiken der Ausstellung. Wenn wir bedenken, daß es mehr als 300 000 Fernsehgeräte gibt und daß die Programme von 1 000 000 Menschen gehört und gesehen werden, kann man ermesen, welche Popularisierung die Ausstellung hatte. All dem ist hinzuzufügen, daß die Ausstellung auf 5000 großen Plakaten in allen Straßen, durch 50 000 Flugblätter und 10 000 gedruckte Exemplare der Erklärung der Argentinien-

schon Kommission gegen die Atomgefahr, die die Organisatorin war, angekündigt wurde. Außerdem wurden 3000 Einladungen an wissenschaftliche und freiberufliche Organisationen, Gewerkschaften, Studentenvereinigungen usw. ausgesandt. Für Schulklassen, Fabriken, Vereinigungen usw. wurden eigene Führungen organisiert. Einer der Wissenschaftler der Kommission begleitete die Besuchergruppen und klärte sie über die wichtigsten Fragen auf, mit denen sich die Ausstellung befaßt. Auf Grund des Interesses und der Begeisterung, die die Ausstellung in Buenos Aires und im Land hervorgerufen hat, ersuchten viele Organisationen, daß diese in den kommenden Monaten in den wichtigsten Bezirken von Buenos Aires und in bestimmten Distrikten gezeigt wird.

Der Israelitische Friedensrat (von Argentinien) entfaltete innerhalb der jüdischen Gemeinde eine große Aufklärungsarbeit über das Problem des Waffenverkaufs der israelitischen Regierung an Westdeutschland. Der Israelitische Friedensrat betont, daß eine solche Haltung in keiner Weise zur Verringerung der internationalen Spannung beiträgt.

\*

In Chile wurden in der Hauptstadt Santiago wie auch in anderen Städten und Orten öffentliche Versammlungen gegen die Kernwaffenversuche durchgeführt. Es sprachen dort bekannte chilenische Persönlichkeiten. R. W. Vicherat, leitender Funktionär der chilenischen Friedensbewegung, veröffentlichte in der Presse einen Artikel zu Ehren der Bevölkerung von Hiroshima und als Anklage gegen den Krieg.

In Mexiko wurde die große Weltkampagne mit verschiedenen Kundgebungen eingeleitet. Zu den zentralen Forderungen der Kampagne zählt die Einstellung der Kernwaffenversuche. Das Studio für Volksgraphik leistet eine verdienstvolle Arbeit gegen die Kernwaffenversuche und einen wichtigen Beitrag zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung.

Spenden für die Tätigkeit des „Ständigen Kongresses“, die den Bezug des „Kongreßdienstes“ einschließen, können jederzeit auf das Postscheckkonto Hamburg 25 66 70 eingezahlt werden.  
Anschri ft: Karl Ludwig Opitz (Sonderkonto Ständiger Kongreß)

# Sozialistischer Deutscher Studentenbund Münster begrüßt Tagung des Präsidiums des „Ständigen Kongresses“

An das Präsidium  
des Ständigen Kongresses  
aller Gegner  
der atomaren Aufrüstung  
in der Bundesrepublik

## Münster (Westf.)

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde!

Im Namen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Hochschulgruppe Münster, sprechen wir Ihnen zu Ihrer Tagung in Münster unser herzlichstes „Willkommen“ aus. Es erfüllt uns mit großer Freude und Dankbarkeit, daß Sie sich in Ihrem Wirken nicht entmutigen lassen, sondern allen Rückschlägen und allen Diffamierungen zum Trotz an der Erfüllung Ihrer Aufgaben festhalten. Wir wissen, daß Ihre Arbeit getragen wird von dem unerschütterlichen Bemühen, zu einer Sicherung des Friedens in der Welt beizutragen und den Völkern ein Leben zu ermöglichen, in dem Angst und Furcht vor den Schrecken der Zerstörung keinen Platz mehr finden.

Die Teilnahme der japanischen Bevölkerung an der „5. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben“ im August dieses Jahres hat uns tief erschüttert. Vom Leid der Vergangenheit gezeichnet, haben Tausende von Menschen in Hiroshima ihrer Friedenssehnsucht ergreifend Ausdruck gegeben. Ihren Appell aus Wissen und Erfahrung geboren, auch an die Deutschen weiterzutragen, muß unser aller Aufgabe sein.

Die deutsche Bundesregierung hat bis heute alle Ansätze zu einer weltpolitischen Verständigung boykottiert. Sie hat dem durch zwei Kriege schwer getroffenen deutschen Volk erneut die Bewaffnung aufgezwungen. Sie rüstet ihre Soldaten mit Waffen aus, die, im Falle ihrer Anwendung, alles Leben in Europa auf Generationen hinaus vernichten. Während die Staatsmänner der Welt die trostlosen Gefilde des Kalten Krieges verlassen haben und entschlossen sind, durch Verhandlungen zu einem friedlichen Nebeneinanderleben der Völker zu kommen, setzt sie allen Bemühungen um Entspannung ihr hartes Nein entgegen.

Gerade darum aber dürfen die Gegner der Atomrüstung in ihren Anstrengungen nicht schwächer werden. Nur wenn die Deutschen entschlossen sind, von ihrer Regierung die Abkehr von ihrem irrsinnigen Wettrüsten eindeutig zu fordern, ist es möglich, Elend und Tod zu bannen, die ein dritter Weltkrieg über Europa bringen würde. In diesem Sinne wünschen wir Ihrer Tagung in Münster einen guten und glücklichen Verlauf.

Mit solidarischen Grüßen  
SOZIALISTISCHER DEUTSCHER  
STUDENTENBUND

Hochschulgruppe Münster  
Der Vorstand

I. A.  
(Jörg Högemann)  
1. Vorsitzender

## Entschliebung

Das Internationale Rote Kreuz hat 1957 in Neu-Delhi eine Resolution angenommen, in der auf Grund des bestehenden Völkerrechtes die Herstellung und der Einsatz von nuklearen Kampfmitteln für verbrecherisch erklärt worden ist. Herr Dr. Schmidt, Vörden, hat die Internationalen Gerichtshöfe in Den Haag und Straßburg angerufen, im Sinne dieser Resolution Atomwaffen für völkerrechtswidrig, der Moral, dem christlichen Sittengesetz und der Menschlichkeit widersprechend zu erklären. Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik“ schließt sich dieser Klage vollinhaltlich an.

Einstimmig angenommen.

Münster (Westf.), 15. November 1959

Für die Richtigkeit: PETER MEIER

## UNO-Resolution gegen Sahara-Versuche

New York / Paris, 22. Nov.

Die Vereinten Nationen haben am Wochenende an alle Staaten der Welt appelliert, keine weiteren Kernwaffenversuche zu unternehmen.

Deutlicher als in den vorangegangenen Abstimmungen zeigte sich die Isolierung Frankreichs. Es gab die einzige Gegenstimme zu dieser Resolution der afro-asiatischen Staaten ab, die von 60 Staaten unterstützt wurde, während sich 20 der Stimme enthielten.

Selbst die engsten Verbündeten Frankreichs, wie die USA, Großbritannien, Italien, Belgien, die Niederlande und Portugal, die am Freitag noch gemeinsam mit Frankreich gegen eine Entschliebung über die Sahara-Versuche gestimmt hatten, enthielten sich diesmal der Stimme. Die NATO-Länder Kanada, Dänemark, Norwegen und Island stimmten sogar für die Entschliebung.

Die Vollversammlung hatte am Freitag, wie schon kurz berichtet, Frankreich mit der Zweidrittelmehrheit von 51 gegen 16 Stimmen bei 15 Enthaltungen ersucht, auf seine Versuche in der Sahara zu verzichten. Die Zweidrittelmehrheit kam zustande, als einige lateinamerikanische Staaten und Dänemark sich diesem afrikanisch-asiatischen Antrag anschlossen. Zuständige Kreise von Paris betonten, die Resolutionen der UNO seien für Frankreich keineswegs bindend. Ungeduldet dieser Entschliebung werde Frankreich seine Pläne verwirklichen, Frankreich könne die Abstimmungs-niederlage nur als eine Diskriminierung auffassen.

## Noch ist der „Schlamm“ kein Sumpf

Wir veröffentlichen einige Aufsätze über den amerikanischen Publizisten William S. Schlamm, der auf dem Boden unserer Bundesrepublik in unverantwortlicher Weise zum Kriege gegen unsere Nachbarn im Osten aufruft. Obwohl Völkerhetze und Aufhetzung zum Kriege im Grundgesetz untersagt ist, kann der amerikanische Publizist noch immer unangefochten seinen „Schlamm“ zum Sumpf ansammeln. Wehren wir uns seiner, sonst versinken wir alle in seinem bodenlosen Morast.

D. Red.



Demonstration gegen  
die Kalten Krieger

## Strauß findet Schlamm interessant

Es war während des Nürnberger Prozesses. Der amerikanische Hilfsankläger Brockhart fragte den SS-Hauptsturmführer Wisliceny, ob er die Gesamtzahl der vernichteten Juden kenne. Wisliceny schilderte ein Gespräch mit dem hohen SS-Führer Eichmann während der letzten Kriegsmomente in Berlin, in dessen Verlauf Eichmann äußerte, wenn der Krieg verlorengelange, würde er Selbstmord begehen. Wisliceny: „Er sagte, er würde lachend in die Grube springen, denn das Gefühl, daß er fünf Millionen Menschen auf dem Gewissen hätte, wäre für ihn außerordentlich befriedigend.“

Fünf Millionen Menschen — die meisten von ihnen starben in den Gaskammern der nationalsozialistischen Todesfabriken. Das Mittel, dessen sich die Mörder bedienten, hieß Cyklon B, geliefert von den IG-Farben.

# Von Hitler zu Schlamm

„Der Westen kann nur dann überleben, wenn er seine ganze technische Potenz ausnützt. Und das bedeutet vor allem Kernwaffen... Wenn es moralisch vertretbar ist, dann will ich dem Übel (gemeint ist der Kommunismus) widerstehen, auch wenn der Widerstand das nächste Mal zweihundert Millionen Menschen töten sollte, während es im letzten Krieg ‚nur‘ einhundert Millionen Opfer waren.“

Es nutzt wenig, Schlamm für verrückt zu erklären oder ihn für einen unheilbaren Hysteriker zu halten — die erste Auflage seines Buches in Höhe von 30 000 Stück war im Handumdrehen vergriffen. So geschehen in der Bundesrepublik, vierzehn Jahre nachdem Millionen Deutsche sich in den Luftschutzkellern zugeflüchtet hatten: „Wir würden gern unser Leben lang trockenes Brot essen, wenn nur dieser entsetzliche Krieg endlich vorbei wäre.“ Dabei war es ein ganz „harmloser“ Krieg. Er kostete „nur“ hundert Millionen Tote. Im nächsten sollen es zweihundert Millionen sein. Schlamm: „... der Westen, wenn er am Leben bleiben will, muß glaubhaft entschlossen sein, Krieg zu führen. Denn auf den Krieg bloß vorbereitet zu sein, ist nicht genug... eine militärische Rüstung gegen den kommunistischen Expansionsdrang hat nur dann einen Sinn, wenn sie auf einem Konzept der Offensive basiert... Und wenn diese Strategie erfordert, mit unserem ersten Schlag nicht erst auf ‚den ersten Schuß‘ des Feindes zu warten (der ihn ja erst dann abfeuern würde, wenn der für ihn günstigste Augenblick gekommen ist), dann hätten wir eben zuerst zu schießen.“

Wir sagten, es habe wenig Sinn, Schlamm für verrückt zu erklären, denn letzten Endes hielt es der für Rüstungsangelegenheiten zuständige Minister der Bundesregierung, Franz Josef Strauß, nicht für erforderlich, sich von den Theorien und Vorschlägen des Vernichtungsstrategen zu distanzieren. Nachdem Auszüge aus Schlamms Buch in der Illustrierten „Der Stern“ veröffentlicht worden waren, wandte sich das Blatt mit der Bitte um eine Stellungnahme an den Minister. Am 27. Juni 1959 (PR.-Az: 01-56 — 02) antwortete Strauß:

„William S. Schlamms Bericht über Deutschland fasziniert als blendend geschriebene kritische Abrechnung mit unserer Zeit. Sie arbeitet die tödliche Gefahr des Bolschewismus klar heraus, wobei es wenig stört, daß manche Einzelheiten nicht korrekt wiedergegeben sind. Auf jeden Fall sind die in diesem Bericht ‚Die Grenzen des Wunders‘ niedergelegten Gedankengänge sehr interessant und in der Analyse teilweise sehr nützlich.“

Man überlege: Schlamm fordert vom Westen die ‚glaubhafte Entschlossenheit, Krieg zu führen‘; er verlangt Kernwaffen und nochmals Kernwaffen und ein ‚Konzept der Offensive‘; er will ‚zuerst schießen‘ und stellt kühl 200 Millionen in seine Rechnung — und der Bundesverteidigungsminister ist ‚fasziniert‘ und nennt das alles ‚sehr interessant‘. Kleine Unkorrektheiten stören ihn wenig, denn Schlamms Analyse sei ‚teilweise sehr nützlich‘.

(Zu dem aufsehenerregenden Buch von William S. Schlamm: „Die Grenzen des Wunders — Ein Bericht über Deutschland“, Europa Verlag Zürich, 1959, 256 S.)

In den vergangenen Jahren war viel von der Politik der Stärke die Rede und davon, daß diese Politik die einzig mögliche Politik gegenüber dem Osten sei. Nun gab es zwar niemand unter den denkenden Beobachtern der bundesrepublikanischen Außenpolitik, der in Adenauer und seiner CDU nicht die eigentlichen Fürsprecher einer Politik der Stärke gesehen hätte, Adenauer und seine Paladine aber wiesen es immer wieder einmal weit von sich, diese Politik zu vertreten. So stiegen und fielen die politischen Nebel. Aber während sie stiegen und fielen und ein Häuflein Interessierter darüber nachsann, was mit der Politik der Stärke eigentlich gemeint sei und worauf man am Ende mit ihr hinauswolle, brachte Franz Joseph Strauß die Bundeswehr auf über 200 000 Mann, sorgte er dafür, daß die Bundesrepublik zu einem einzigen tiefgestaffelten Frontsystem ohne eigenes Hinterland gegen den Osten wurde, und war er drauf und dran, seinen Soldaten die Waffen zu beschaffen, ohne die sie nach seiner Meinung zu einem demoralisierten, im Ernstfall nicht zu gebrauchenden Haufen werden müßten: Raketen und Atombomben.

Was Adenauer und Strauß über eine so ausgerüstete Armee und über ein so zum Frontsystem gewordenes Land eigentlich denken und zu welchem Ziele Bundeswehr und Land am Ende eigentlich erhalten sollten, weiß niemand. Die Nebel steigen und fallen weiter, und keine der politischen Verlautbarungen unserer bundesrepublikanischen Staatsmänner hat je einmal dazu gedient, sie zu beseitigen und dem deutschen Volk die politische Landschaft so zu zeigen, wie sie in Wirklichkeit von Adenauer und seiner CDU gesehen wird. Gewiß ist nur dies: die Aufrüstung wird mit allen Mitteln vorangetrieben, und jedes Arrangement, das sich auch nur andeutungsweise aus den Gesprächen zwischen Ost und West anzubieten scheint, wird mit Argwohn betrachtet und als im höchsten Maße für das eigene Konzept störend empfunden. Nun ist ein Buch erschienen, von dessen Veröffentlichung keineswegs feststeht, ob sie Adenauer und seiner CDU in diesem Augenblick der Geschichte Freude bereitet. Wiewohl nämlich im Grunde niemand weiß, worauf Adenauer und Strauß mit ihrer Politik der Stärke hinauswollen, weiß jedenfalls jeder, der das Buch von Schlamm gelesen hat, worauf sie hinaussein könnten und, wenn sie ihre Sache ernst nehmen, auch müßten. Das aber ist bei dem dichten Nebel, der bislang über dem Reden und Tun dieser Männer lag, eine ganze Menge. Schlamm läßt die Katze aus dem Sack, und die Katze, die da zum Vorschein kommt, erweist sich von Seite zu Seite mehr als das furchtbarste Untier, das uns seit Hitlers Tagen zu Gesicht gekommen ist.

Schlamm geht in seinem Buch von zwei Annahmen aus, einmal von der, daß der Kommunismus ein Übel ist, mit dem kein anderes Übel, kein Leid und auch kein Tod zu vergleichen ist; zum andern von der, daß dieses übelste unter allen Übeln nicht nur die ganze Welt bedroht, sondern sie zu erobern versucht. Diese beiden Annahmen stehen für Schlamm fest wie Axiome. Sie bedürfen für ihn keines Beweises und keiner Begründung. Es ist einfach so. Und Schlamm hat mit dieser Art primitivsten Denkens die Menge seiner Zeitgenossen im Westen auf seiner Seite. Darum fällt es ihm nicht einmal auf, daß das, was er für das eigentliche Kennzeichen des Kommunismus ausgibt, das Denken und Tun der westlichen Völker nicht weniger kennzeichnet. Er schreibt: „Der Kommunismus ist die kulminierende Hybris des prometheischen Menschen, der nach der Welt greift und sie neu erschaffen will. Er ist Wissenschaftsgläubigkeit, die politisch erwacht ist.“ Als solche ist er nach Schlamm das Übel aller Übel und bedroht die Welt. Wir fragen vergebens, wieso, wo doch die ganze westliche Menschheit — abgesehen von einigen weltabgeschiedenen Konventikeln — aus demselben Geiste seit der Renaissance, spätestens seit der Aufklärung im immer noch steigenden Maße lebt? Schlamm läßt sich von dieser Frage nicht aus seinem Konzept bringen. Der Kommunismus ist entschlossen, die Welt zu erobern. Punkt, mein Schlamm und fährt fort: „Aber er bleibt ebenso entschlossen, einen großen Krieg zu vermeiden.“ Für diese weitere These gibt er sogar eine Begründung. Diese Begründung ist aber so frappierend, daß wir sie zitieren müssen: „Die ungeheuerliche Essenz des Konfliktes zwischen dem Kommunismus und dem Westen — so ungeheuerlich, daß niemand diese Tatsache zu erwähnen wagt — ist es, daß der Kommunismus am Frieden gedeiht, Frieden will, im Frieden triumphiert. Keine Verzweiflung der Menschheitsgeschichte kann sich mit dieser vergleichen: Das Übel schießt hoch in jenem Lebenszustand, den alle westlichen Religionen uns gelehrt haben, in Gebeten zu erleben — im gesegneten Lebenszustand des Friedens.“

Aus diesem Tatbestand schließt Schlamm: „Der Westen geht an seiner Friedensgier zugrunde. Und vielleicht wird es sich wirklich für eine christliche Zivilisation als unmöglich erweisen, eine Epoche zu überstehen, in der die Bereitschaft, einen Krieg nach dem anderen zu führen, die Voraussetzung des Überlebens ist.“ Für so friedenssüchtig hält nun freilich Schlamm die westlichen Völker im Grunde doch nicht. Es kommt nur darauf an, daß der Westen begreift, was ihm angesichts der Friedenswilligkeit der Kommunisten zu tun obliegt. Und das ist dies, „daß der Westen **glaubhaft** entschlossen sein muß, einen Krieg zu führen, wenn es keinen anderen Weg gibt, die kommunistische Offensive aufzuhalten und zurückzuschlagen.“ Unter „kommunistischer Offensive“ kann in diesem Zusammenhang nur die „friedliche“ Offensive gemeint sein, die der Kommunismus kraft sei-

nes Wesens propagandistisch auf Menschen und Völker ausübt, unter „Krieg“ eine Auseinandersetzung mit Gewaltmitteln, ein Angriffs- und Präventivkrieg also, um dieser „friedlichen“ Offensive wirksam zu begegnen.

Wie, von wem und unter welchen Voraussetzungen aber soll er geführt werden? Dazu schreibt Schlamm zunächst: „Die Verteidigung des Westens hängt davon ab, ob ihm atomare Waffen zur Verfügung stehen... wenn beide Seiten eine wirksame und gegenseitig kontrollierte atomare Abrüstung durchgeführt haben, dann bricht Europa unter dem gigantischen Gewicht der sowjetischen ‚konventionellen‘ Militärmacht zusammen, die den verfügbaren ‚konventionellen‘ Truppen des Westens zunächst in einem Verhältnis von 4 zu 1 und einen Monat später in einem Verhältnis von 24 zu 1 überlegen ist.“ Aus diesem Umstand und aus der Tatsache, daß die demokratischen Staaten nicht fähig wären, eine entsprechend viel größere Armee mit konventionellen Waffen bis zum Untergang der kommunistischen Macht auf den Beinen zu halten, zieht Schlamm den Schluß, der Westen könne nur dann überleben, wenn er seine ganze technische Potenz ausnütze, vor allem die Kernwaffen. Er schreibt wörtlich: „Sobald der Westen die Kernwaffen aufgibt, hat er sich selbst aufgegeben.“

Bleibt die Frage, von wem die schicksalhaft notwendige gewaltsame Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu bestreiten wäre. Schlamm weist diesen Auftrag den Amerikanern und uns Deutschen zu. Er schreibt: „Deutschland ist die einzig haltbare, die einzige wesentliche Barriere gegen einen sowjetischen Vorstoß nach Westeuropa. Das kann man auf jeder Landkarte sehen. Wenn Deutschland stark ist, kann Westeuropa weiterleben; wenn Deutschland aufgeweicht ist, fällt Europa... Eine entschlossene westliche (und das heißt natürlich vor allem: amerikanische) Politik, gestützt auf eine eherne Haltung Deutschlands, könnte aus Ostdeutschland das Feld der ersten kommunistischen Niederlage in drei Jahrzehnten machen. Denn eine westliche Politik, die **glaubhaft** bereit ist, alle militärische Macht hinter die legitime Forderung Deutschlands nach Rückerstattung des usurpierten deutschen Gebietes zu stellen, würde den Rückzug der Sowjets aus Ostdeutschland bewirken. Niemand kann voraussagen, wie lange es dauern würde und welche Machtmittel eingesetzt werden müßten, aber niemand, der die Geschichte und das Wesen des Bolschewismus kennt, wird bestreiten wollen, daß die Sowjets am Ende Ostdeutschland preisgeben würden, als wegen Herrn Ulbricht einen Krieg zu riskieren. Das Gebiet der ernsthaftesten Gefährdung ist, wie gewöhnlich in der Geschichte, zugleich auch das Gebiet des entscheidenden Versprechens.“ Aus diesen Erwägungen folgert Schlamm, daß politisch nichts natürlicher, wirkungsvoller und verständlicher wäre, als daß es zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik zu einer Militärallianz käme: „Ein offenes amerikanisches Bündnis mit Deutschland — das natürlich allen westlichen Nationen zum B eitritt freistünde, die die Ab-

sichten und Verpflichtungen eines solchen Vertrages zu akzeptieren wünschen — (von Nato mit dem Voterecht der kleinsten Bündnispartner hält Schlamm nicht viel), eine solche Allianz der zwei stärksten Mächte des Westens würde ohne Zweifel die kommunistische Expansion wirkungsvoller unterbinden als alle anderen westlichen Blockierungsversuche einer verwirrten Vergangenheit. Denn ein Deutschland, das mit uneingeschränkter amerikanischer Unterstützung handelt, könnte endlich eine ernsthafte Lösung des Wiedervereinigungsproblems wagen; und wenn die Sowjetunion mit einer radikalen Veränderung des kontinentalen Kräfteparallelogramms konfrontiert ist, wäre sie zum ersten Mal seit Jahrzehnten in die Defensive gedrängt.“ Erst in dieser neuen Konstellation würde die Aufrüstung Deutschlands überhaupt sinnvoll. Er schreibt: „Die zentrale Absicht aller kommunistischen Strategie ist die Vermeidung eines militärischen Konfliktes. Nun können die Staatsmänner des Westens wohl noch ein paar Jahre versuchen, an dieser

ganische Abneigung gegen die Offensive haben und erst dann großartig kämpfen, wenn sie in die Enge getrieben worden sind. Aber ebenso viel Wahres steckt in der anderen Beobachtung: daß die westlichen Nationen die Nase voll haben von einer offenbar sinnlosen Aufrüstung. Die Staatsmänner des Westens werden zwischen zwei gleichermaßen unpopulären Haltungen zu wählen haben — entweder eine sinnlose Rüstung gegen ein zunehmend stürmisches Massen-Veto durchzusetzen oder eine obstinate pazifistische öffentliche Meinung resolut von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß der Kommunismus siegen muß, wenn der Westen nicht die Offensive ergreift.“ Dazu gehört nach Schlamm ein sofortiger Friedensvertrag der Vereinigten Staaten mit Deutschland. Er hätte klarzustellen, „daß in den Augen des Westens die Souveränität der Bundesrepublik alles deutsche Gebiet einschließt, das von der ganzen Welt — einschließlich der Sowjetunion — am Tage vor Hitlers Machtantritt als deutsches Gebiet anerkannt war... und er müßte den ab-



Bundesrepublikanische Okulierversuche an der „Deutschen Eiche“

zentralen Tatsache vorbeizusehen — die Völker des Westens werden es ganz bestimmt nicht mehr lange tun. Der wachsende Widerstand im Westen gegen die übliche frivole Gedankenlosigkeit der demokratischen Masse; in diesem wachsenden Widerstand steckt viel instinktives Verständnis: Warum sollte der Westen denn in der Tat diese Waffenberge anhäufen, wenn der einzige denkbare Feind entschlossen ist, den bewaffneten Konflikt zu vermeiden?... So sehr sich auch der Westen gegen die schicksalhafte Bedeutung dieser Tatsache sträuben mag — eine militärische Rüstung gegen den kommunistischen Expansionsdrang hat nur dann einen Sinn, wenn sie auf einem Konzept der Offensive basiert. Nun ist unzweifelhaft sehr viel wahres in der Beobachtung, daß die Völker des Westens eine or-

solut gültigen Anspruch Deutschlands, Amerikas und der ganzen westlichen Welt auf die Aushändigung des von den Sowjets besetzten deutschen Territoriums im Osten verkündigen.“ Schlamm weiß natürlich, wie all das in den Ohren der Menschen, die etwas von deutscher Vergangenheit und zudem etwas von der Bedrohung der Schöpfung im atomaren Krieg wissen, klingt. Er läßt es sich darum angelegen sein, zunächst einmal diese Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. Auf vielen Seiten seines Buches weist er nach, daß die Deutschen keinesfalls mehr das sind, was sie einmal waren. Sie haben genug von irgendwelchen Ideologien und sind zu den pragmatischsten Pragmatikern in der Welt geworden. Sie hätten sich noch ganz anders und viel schneller geändert, hätten es die Amerikaner nicht gar so töricht angefangen. Zu

seinem Glücke hatte das deutsche Volk in diesen entscheidenden Jahren einen wahrhaft einmaligen Staatsmann: Adenauer. Schlamm schreibt: „Adenauer ist zum unschätzbaren Glücksfall in Deutschland geworden, weil er, ohne je Nazi gewesen zu sein, alles verkörpert, was jeder Deutsche als den Sinn seiner Geschichte sofort erkennen kann: die Solidität eines ehrsamten Bürgers; die bedingungslose Ergebenheit gegenüber einem überlieferten Glauben; die Selbstsicherheit und sogar den bourgeoisen Stolz eines Mannes, der in seiner persönlichen Karriere Autorität erlangt hat; die selbstgenügsame Zufriedenheit des Erfolgreichen mit seinen privaten Lebensgewohnheiten, seinem recht hausaushaften Geschmack und seinen Vorurteilen; und vor allem ist dieser Mann so völlig berechenbar... es sind genau die Eigenschaften, die das deutsche Volk, nach zwölf Jahren einer wilden politischen Süchtigkeit, kuriert haben.“ Die Deutschen sind vom Nazismus geheilt. Der Antisemitismus ist erloschen. Die Bundesrepublik mit Adenauer und seiner CDU ist bündnisreif und des von Schlamm angestrebten Bündnisses fähig. „Wenn Amerika die Chance begreift, könnte dasselbe Deutschland, das nun die Anständigkeit des Alltags erlernt hat, den Westen retten.“

Bleibt die atomare Bedrohung. Schlamm widmet ihr ein ganzes Kapitel unter der Überschrift: „Der Kern-Skandal.“ In diesem Kapitel versteigt sich Schlamm unter dem Deckmantel von Zahlen, Prozentsätzen und Statistiken, die eine ungewöhnliche Kenntnis der Dinge und eine erstaunliche Sachlichkeit vortäuschen, zu einer Demagogie, die selbst in diesem Buche einen Höhepunkt darstellt. Wir lesen da Sätze wie: „Es ist der große intellektuelle Skandal unserer Zeit, daß sich unsere Naturwissenschaftler, und im besonderen unsere Physiker, als die nervösesten Elemente unserer Gesellschaft erwiesen haben — und das gerade in einem Augenblick, da sie mit erstaunlicher Arroganz ihren Anspruch darauf angemeldet haben, diese Gesellschaft sogar politisch zu regieren.“ Oder: „Die Atomdebatte wird in Deutschland wie im ganzen Westen von Naturwissenschaftlern geführt, die sich als Romanciers kostümieren, und von Romanciers in der Verkleidung von Naturwissenschaftlern. Die Verwirrung ist total. Ich behaupte, daß es sich um Absicht handelt.“ Oder: „Es gibt nicht eine einzige ruhige, reservierte, wissenschaftlich abgewogene Stellungnahme von Atomphysikern zu den Problemen der ‚Politik im Atom-Zeitalter‘.“ Oder: „Wenn Vernunft noch einen Platz in der hysterischen Diskussion einer eingeschüchterten Welt hätte, dann würde der peinliche Aufschrei eines bewundernswerten Menschen wie der des Dr. Albert Schweitzer mit schweigender Nachsicht übergangen werden.“ Oder: „Die Voraussetzung der ‚Atom-Debatte‘ ist die Ehrlosigkeit einer Zivilisation, der ein Rauschgift wichtiger ist als die Freiheit.“ Oder: „Das Gerücht von den künftigen Kindern, die mit drei Armen und einem Auge auf die Welt kommen sollen, ist ein Jahrmarktsgeschrei.“ Und schließlich: „Aus all diesen Gründen sage ich, daß die ‚Atom-Debatte‘ der schändlichste intellektuelle Skandal unserer Zeit ist.“

Die westliche Welt hat nervösen Naturwissenschaftlern gestattet, aus ihrem eigenen Schuldgefühl heraus einen phantastischen Schabernack zu treiben — einen Schabernack, der den Konflikt der freien Welt mit dem Kommunismus gegen den Westen entscheiden kann.“

Die Gefahren der Bombenversuche und der atomaren Aufrüstung werden als Lügner und Narren abgestempelt. Die Beweisführung Schlamms gipfelt in der Feststellung: „Dem Übel zu widerstehen, auch wenn der Widerstand den gräßlichen Tod ungezählter Menschen bedeutet, ist entweder moralisch vertretbar oder es ist moralisch nicht vertretbar. Wenn es moralisch vertretbar ist, dann will ich dem Übel widerstehen, auch wenn der Widerstand das nächste Mal zweihundert Millionen Menschen töten sollte, während es im letzten Krieg ‚nur‘ einhundert Millionen Opfer waren.“ Das ist vom fernen Amerika aus gesprochen. Und so sehr liebt Schlamm die Deutschen nicht, daß er vor seinen Gedankengängen erschrecken würde, wenn unter den zweihundert Millionen Getöteten sich das deutsche Volk mit seinen siebenzig Millionen Menschen befinden würde. Er hat ihren Tod schon miteinkalkuliert.

Schlamm ist von Haus aus Österreicher. Er hat einmal die „Weltbühne“

redigiert. In Amerika ist er zum Renegaten geworden. Sein Buch ist ein gefährliches Buch. Seit ein anderer Österreicher, Adolf Hitler, das Buch „Mein Kampf“ geschrieben hat, ist meines Erachtens kein gefährlicheres Buch mehr geschrieben worden, vielleicht auch kein demagogischeres. Schlamm sagt an einer Stelle dieses Buches: „Denkprozesse beginnen heute mit einem Kampf des Willens, mit emotionalen Schwingungen; und dann erst wird das intellektuelle Vakuum mit flüchtigen, irrelevanten oder auch gar keinen Beweisen gestopft.“ Ich wüßte kaum jemanden, von dessen Denken und zu Papier gebrachten Ausführungen diese Feststellung so sehr gilt, wie von William S. Schlamm in seinem Bericht über Deutschland: „Die Grenzen des Wunders!“ Hat Schlamm die Katze aus dem Sack gelassen? — Dann kann uns nur grauen vor dem, was unter der Politik der Stärke zu verstehen ist und zu welchem Ziele sie betrieben wird. Diese Katze ist keine Katze, sondern das völker- und weltvernichtende Ungeheuer schlechthin. Wahrscheinlich werden die Kommunisten solche Bücher mit größter Aufmerksamkeit lesen und sich entsprechend einrichten.

Herbert Werner

Aus „Stimme der Gemeinde“



Lethargie in Bundes-schlemm-schlamm-schla- und raffia

## Was, Sie kennen Herrn Schroers nicht?

Was, Sie kennen Herrn Schroers nicht? Also wissense: Rolf Schroers, geb. 10. 10. 19 in Neuß/Rh. Verlagslektor, (1955) Förderpreis z. Immermann-Preis d. Stadt Düsseldorf. Beheimatet: Obenroth b. Eitorf/Sieg (Post daselbst). Schrieb: Roman, Novelle, Essay, Hörspiel; u. a. „Das Bett des Prokrustes“ (1955). (Dieser Prokrustes war ein griechischer Räuber, der alle, die in seine Hände fielen, auf ein Bett legte und sie, je nachdem ob sie zu groß oder zu klein waren, verstümmelte oder streckte.)

Das muß dem Herrn Verlagslektor gewaltig imponiert haben, und so „streckt“ er und „verstümmelt“ er eifrig weiter, und einer vom VORWARTS sitzt daneben und lauscht:

„Der Schriftsteller und Publizist Rolf Schroers kehrte von seiner Reise nach Japan zurück, wo er als Delegierter der ‚Europäischen Föderation gegen Atomrüstung‘ an der ‚Fünften Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserbomben‘ in Hiroshima teilgenommen hatte. Wie die Tagespresse bereits meldete, hatte Schroers mit vier anderen Delegierten die Konferenz unter Protest verlassen...“

# Telegramme

— ELT — Seine Exzellenz Staatspraesident de Gaulle — Paris —

Mit großer Sorge erfuehlt uns Absicht der franzoesischen Regierung, in der Sahara Kernwaffenversuche durchzufuehren — stop — Afrikanische und westeuropaeische Bevoelkerung wird damit erhoeheten Gefahren an Gesundheit und Leben ausgesetzt — stop — Bisherige Ergebnisse der Bemuehungen der Dreimaechtekommission in Genf werden gefaehrdet — stop — Erwarten daß Frankreich als Mutterland der Menschenrechte Resolution des UNO-Ausschusses respektiert und auf Sahara-Versuche verzichtet —

Praesidium des Staendigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufruestung in der Bundesrepublik  
Karlludwig Opitz Sekretaeer —

— ELT — Seine Exzellenz Praesident Eisenhower — Washington/DC —  
(gleichlautend auch:

— ELT — Seine Exzellenz Ministerpraesident Chrustschow — Moskau — und:

— ELT — Seine Excellenz Premierminister Macmillan — London —)

Haben Staatspraesident de Gaulle telegraphisch gebeten Resolution des UNO-Ausschusses zu respektieren und auf geplante franzoesische Kernwaffenversuche in der Sahara zu verzichten — stop — Bitten Sie Ihren ganzen Einfluß auszuueben daß Versuche unterbleiben —

Praesidium des Staendigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufruestung in der Bundesrepublik  
Karlludwig Opitz Sekretaeer —

Einstimmig angenommen.  
Münster (Westf.), 15. November 1959  
für die Richtigkeit: PETER MEIER

Bilder auf Seite 2, 7 von Foto Hoffmann, Frankfurt/M. Titelbild: Foto Hoffmann. Bilder auf Seite 5, 7, 12 von Foto Tripp, Düsseldorf. Karikaturen auf Seite 14, 15 von Otto Thiem, Herne

Herausgeber:  
Das Präsidium des „Ständigen Kongresses“ aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Anschrift:  
Hamburg 19, Eichenstr. 46, Tel. 49 22 26  
Postcheckkonto: Hamburg 25 66 70  
Büro: Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Prof. Dr. med. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Peter Meier, Münster i. W.; Karlludwig Opitz, Hamburg; Dr. med. Barbara Rathjens, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; H. Schiefbahn, Hamburg; Erich Wiechmann, Hamburg. Dr. Walter Domke Sekretär: Karlludwig Opitz, Hamburg.

Verantwortlich für den Kongreßdienst: Dr. Barbara Rathjens, Hamburg  
Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg.  
Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungen- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.

Peng! Weil „die Veranstaltung als Forum für prosowjetische Deklamationen des kalten Krieges diene“. Weiter im Text: „... Dieser fünften Konferenz ging eine Reihe von alarmierenden Gerüchten voraus, die darauf schließen ließen, daß der veranstaltende ‚Japanische Rat gegen A- und H-Bomben‘ ganz in kommunistische Hände übergegangen sei.“

Hört, hört! Jetzt wollen sogar noch die Bolschewiken die A- und H-Bomben abschaffen!

„Ich selbst war der Delegierte der ‚Europäischen Föderation gegen Atomrüstung‘, in der die Antiatomwaffen-Bewegungen von zehn europäischen Ländern vereinigt sind, während die Bundesrepublik außer durch die mitauscheidende Delegierte des ‚Ausschusses Kampf dem Atomtod‘, Carola Stern, durch drei Mitglieder westdeutscher Organisationen vertreten war, die durch sehr lebhafteste Ostkontakte bekannt sind.“

Wenn Sie mich meinen, Herr Schroers, dann stimmt's! Ich kriege nämlich vor einer A- und H-Bombe made in USA genauso ein Fracksausen wie vor diesbezüglichen Konstruktionen made in UdSSR. Und deshalb will ich es haargenau wissen, wie sich die Sowjetunion eine atomare Abrüstung vorstellt, wie ihre Vorschläge lauten. Ich will's nicht erst durch's bundesdeutsche Fernsehen erfahren.

„... Wir forderten, gegen die atomare Aufrüstung Chinas Stellung zu nehmen.“ Mensch, Verlagslektor, das ist eine Idee! Ganz abgesehen davon, daß uns auch die atomare Aufrüstung Frankreichs droht (vielleicht hatten Sie Ihr wertiges Notizbuch nicht mit nach Hiroshima genommen?) Immerhin: „China droht mit Wasserstoffbomben!“ macht sich gut. Wenn es bei Ihnen einmal brennen sollte, dann greifen Sie bloß nicht zum Wassereimer, sondern rufen Sie gleich nach dem Klempner. Bei der Löscherei könnte ja eventuell Ihr Leitungshahn klemmen!

„... Wir verlangten eine Beteiligung am Redaktionskomitee!“ Gewiß doch, steht Ihnen schließlich zu; als Förderpreisträger z. Immermannpreis der Stadt an der Düssel.

„... Zum Beispiel von den russischen Vertretern verlangen, den Nachweis nämlich, daß sie im eigenen Lande gegen die sowjetische A-Bombe protestieren.“

Schriftsteller, Lektor, Mann! Kaufen Sie sich doch irgendwie mal eine BILD-Zeitung! In der UdSSR protestiert sogar die Regierung gegen eine atomare Bewaffnung, und sie ist bereit, die ihrige zu vernichten! Also, ob Sie's glauben oder nicht, zu diesem Thema braucht es in der Sowjetunion noch nicht einmal eine Volksbefragung und keine Postkarten-Kampagne! (Nu, ich kann's begreifen; Oberroth b. Eitorf/Sieg. Ziemlich früh dunkel dort, wie?)

Und jetzt geht es los: „Die Geschichte in Hiroshima war so furchtbar, daß der Gedanke entsetzlich ist, jenes Geschehen könne völlig entwertet werden zu einer propagandistischen Ausnutzung, die faktisch den Tod bedeutet. Gegen diese Skrupellosigkeit haben sich auch in Japan ernste und unübersehbare Stimmen erhoben.“

Endlich wird er bundesdeutsch, der Rolf Schroers. (Und somit erheben wir unser Glas und wünschen unserem Verein, seiner anständigen Gesinnung, seiner bewährten Treue und seiner unbrüchlichen Liebe zum Vaterland ein dreifaches: Prost!) Andererseits waren Sie bei dieser schönen Gelegenheit dafür mal in Japan gewesen, Herr Verlagslektor. Und das ist auch was wert, nicht wahr?

Die Sache ist klar; dieser Mann stellt sich den Kampf gegen die atomare Aufrüstung anders vor, ganz anders. Die anderen aber spüren nicht so, wie Herr Schroers sich das wohl so denkt; ergo: die anderen sind ihm nicht koscher. Die wollen vielleicht bloß die „Weltrevolution“, oder, weiß der Deibel, was sie mit ihren dauernden Protesten gegen die atomare Aufrüstung eigentlich beabsichtigen? Auf den Trick, daß der Wunsch nach dem Frieden vielerlei politische Ansichten einigen sollte, darauf ist der Herr Verlagslektor bisher noch nicht gekommen. Und der VORWARTS läßt diesen Mann darauf losquasseln! Dort darf er „Igit“ sagen, weil sich in Hiroshima ein paar Kommunisten erfrechten, das brutalste Vernichtungsmittel aller Zeiten zu verdammen. Da will einer mit Kommunisten nichts zu tun haben! Himmel, darf er ja. (Soll er im Bundesluftschutzverband die Fliegenpatsche schwingen.)

Schlimm an diesem VORWARTS-Gespräch ist, daß sich der Delegierte der „Europäischen Föderation gegen Atomrüstung“ die „Fünfte Weltkonferenz“ in Hiroshima als eine Art Aufsichtsratssitzung einer „Insektenpulver-Vernichtungsföderation“ vorgestellt haben muß. So schreibt er denn auch an anderer Stelle („Atomzeitalter“ Heft 9): „... Vielleicht gehört es zu den schönsten Dingen auf dieser Welt, in einem japanischen Gasthaus seine Mahlzeit einzunehmen. Wir steigen die steile Treppe hinauf, von den Bedienerinnen feierlich begrüßt, streifen die Schuhe ab und schlüpfen in leichte Pantoffel, folgen einem Gang und werden in eine der kleinen Zellen eingewiesen, lassen nun die Pantoffel im Gang. Über die Bastmatte schreiten wir zu dem flachen, schmalen Tisch, hocken uns auf die Kissen. Die schönste Bedienerin reicht uns auf den Knien heißfeuchte Tücher, das Gesicht zu erfrischen, die Poren zu öffnen...“

Schade, ein erfrischendes, kaltes Fußbad wäre angebracht gewesen.

Karlludwig Opitz